BERICHT ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2012

Verband der Privaten Bausparkassen e.V.

BERICHT ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2012

Verband der Privaten Bausparkassen e.V.

2012 sind 3,5 Millionen Menschen auf Nummer sicher gegangen und haben sich für einen Bausparvertrag entschieden.

Auch 2013 haben Sie nicht nur am 22. September die Wahl!

Inhalt

Wohnungsbau und Bausparen im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung **6**

Zur konjunkturellen Lage 6

Entwicklung des Wohnungsneubaus 10

Geschäftsentwicklung der deutschen Bausparkassen 18

Ausblick 20

Geschäftsentwicklung der privaten Bausparkassen **22**

Neugeschäft 22

Entwicklung des Vertragsbestandes 25

Geldeingang 26

Auszahlungen und Wohnungsbaufinanzierungen 30

Anzahl und Personalstärke der privaten Bausparkassen 32

Bausparen im mittel- und osteuropäischen Ausland **33**

Wohnungspolitische Diskussion **34**

Energiepolitische Wende 35

Bildungssparen 37

Umfragen zum „Sparklima" in Deutschland **40**

Eigenkapitalvorschriften **52**

Neufassung der EU-Vorschriften über eine angemessene Eigenkapitalausstattung 52

Nationale Umsetzung der neuen Eigenkapitalvorschriften der EU 53

Neue Liquiditätsstandards **55**

Bankaufsichtliches Meldewesen **56**
Standards der European Banking Authority 56
Modernisierung des nationalen bankaufsichtlichen Meldewesens 57

Mindestanforderungen an das Risikomanagement **58**
Auskunftsersuchen der Bankenaufsicht zum Zinsänderungsrisiko **58**
Restrukturierungsgesetz; Bankenabgabe **59**
Finanztransaktionssteuer **60**
Änderung des Fünften Vermögensbildungsgesetzes **61**

Eigenheimrentengesetz **62**
Altersvorsorge-Verbesserungsgesetz 62
Betreuungsgeldergänzungsgesetz 66

Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen **67**
EU-Regulierung des Hypothekarkredits **68**
Regulierung der Vermittler **70**
Bankenunion **71**
Ombudsverfahren der privaten Bausparkassen **72**

Anhang
Verzeichnis der Tabellen 78
Verzeichnis der privaten Bausparkassen 98
Der Verband der Privaten Bausparkassen 99

Wohnungsbau und Bausparen im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

ZUR KONJUNKTURELLEN LAGE

Im Jahr 2012 wuchs das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland preisbereinigt um 0,7 Prozent und konnte damit nicht an die Dynamik der Vorjahre anknüpfen. Die deutsche Wirtschaft steht nach wie vor unter dem Eindruck der Finanz- und Wirtschaftskrise in der Eurozone.

Deutlich spürbar ist die Investitionszurückhaltung der Unternehmen. Verglichen mit dem Jahr 2011 gaben die Bruttoanlageinvestitionen um 2,5 Prozent nach. Es wurden 4,8 Prozent weniger Ausrüstungsinvestitionen vorgenommen als im Vorjahr. Die Bauinvestitionen reduzierten sich um 1,5 Prozent. Dem vergleichsweise starken Rückgang bei der Investitionstätigkeit waren aber zwei schwungvolle Jahre vorausgegangen, bei denen Maschinenparks und Fahrzeugflotten erneuert und ausgebaut wurden. Positive Impulse setzte der private Konsum. Er stieg zwar nur um 0,8 Prozent. Allerdings macht der Verbrauch der privaten Haushalte mehr als die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts aus. Auch der Außenhandel leistete positive Wachstumsbeiträge. Anders als im Vorjahr stiegen die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen stärker (+3,7 Prozent) als die Einfuhren (+1,8 Prozent). Hierbei macht sich zuneh-

mend die wachsende Bedeutung von Drittstaaten als Zielregion deutscher Exporte bemerkbar. Dagegen sinkt der Anteil der Eurostaaten als Destination hier erstellter Güter und Dienstleistungen kontinuierlich. 2012 lag er bei nunmehr 37,5 Prozent.

Vor diesem Hintergrund sind die Perspektiven für die wirtschaftliche Entwicklung hierzulande besser als in der Eurozone insgesamt, die weiter in der Rezession steckt. Das Risiko einer Eskalation der Schuldenkrise und politischer Instabilitäten in einigen Eurostaaten besteht fort und lastet auch auf der deutschen Volkswirtschaft. Dennoch: In den Vereinigten Staaten, dem Taktgeber der globalen Wirtschaft, und einigen wichtigen Schwellenländern mehren sich die Anzeichen für eine Aufwärtsbewegung. Wichtige Frühindikatoren in Deutschland (ifo-Geschäftsklimaindex) und anderen Industrienationen (diverse Einkaufsmanagerindices) signalisieren eine Erholung, insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe. Der hohe Beschäftigungsstand in Deutschland und die erhöhte Nachfrage nach Wohnraum dürften die Ausgaben der privaten Haushalte weiter anschieben. 2012 waren knapp 2,9 Mio. Menschen in Deutschland arbeitslos, die Quote verringerte sich um 0,3 Prozentpunkte auf 7,6 Prozent.

Insgesamt haben sich die Konsummöglichkeiten der Haushalte auch verbessert: Die Nominallöhne stiegen im Jahr 2012 um durchschnittlich 2,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Preisbereinigt blieb immer noch eine Reallohnsteige-

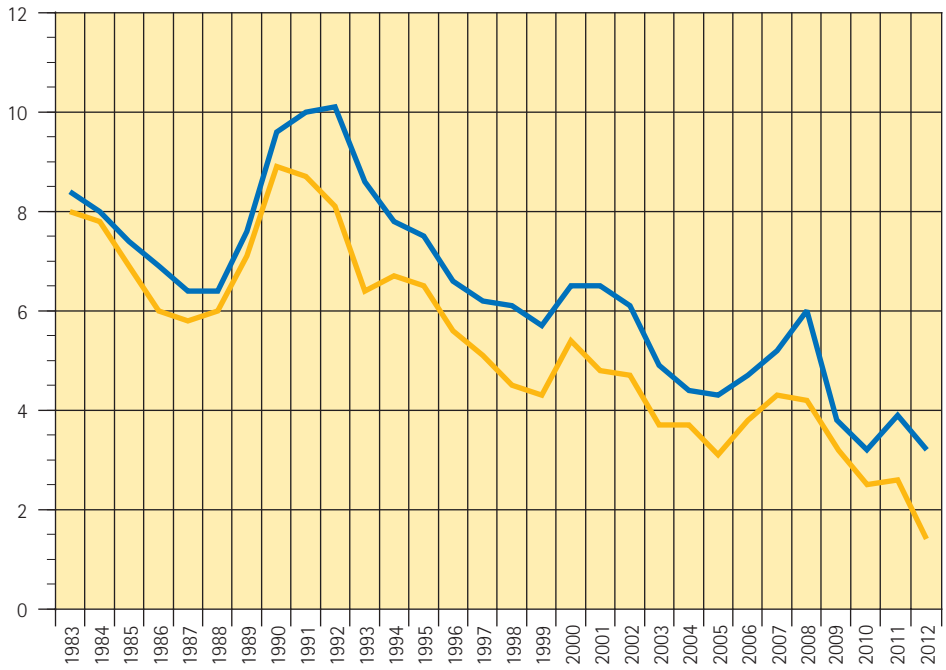
rung von 0,6 Prozent, das war der dritte Anstieg in Folge. Das verfügbare Einkommen in Deutschland erhöhte sich um 2,2 Prozent auf 1.666 Mrd. Euro. Davon sparten die Haushalte 175 Mrd. Euro, was einer Sparquote von 10,5 Prozent entspricht. Die Quote lag damit auf demselben Niveau wie im Vorjahr.

Der Baupreisindex für Wohngebäude lag im Jahr 2012 bei 120,1 und damit 3,1 Punkte oder 2,6 Prozent über dem Wert des Jahres 2011. Wohngebäude verteuerten sich damit, wie schon im Vorjahr, stärker als die allgemeinen Verbraucherpreise. Die Entwicklung war über alle Gebäudearten hinweg nahezu gleichmäßig.

Die Baulandpreise verringerten sich in den ersten drei Quartalen des Jahres 2012 um 3,5 Prozent gegenüber demselben Zeitraum des Jahres 2011. Aussagekraft erlangt der Vorjahresvergleich jedoch erst nach Veröffentlichung der Daten für das vierte Quartal 2012.

Im Durchschnitt des Jahres 2012 lag der Zinssatz für Wohnungsbaukredite bei 3,2 Prozent und damit 0,7 Prozentpunkte unter dem durchschnittlichen Zins des Vorjahres.

Zinsentwicklung in Deutschland von 1983 bis 2012 in Prozent



Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere
Zinssätze für Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke
(Gleitzinsen ab 2003 variabel oder mit Zinsfestschreibung bis 1 Jahr)

Quelle: Deutsche Bundesbank

ENTWICKLUNG DES WOHNUNGSNEUBAUS

Die Entwicklung der Wohnungsbaugenehmigungen blieb auch im Jahr 2012 aufwärts gerichtet. Insgesamt wurden 239.000 Genehmigungen erteilt. Das waren 11.000 oder 4,8 Prozent mehr als im Jahr 2011. Dabei konnte die Expansion nicht an die hohen Zuwachsraten des vorangegangenen Jahres anknüpfen. 2011 waren noch 21,7 Prozent mehr Wohnungsbaugenehmigungen erteilt worden als im Jahr davor.

Zum Bau von Wohnungen in Wohngebäuden wurden im Jahr 2012 in Deutschland 211.000 Genehmigungen erteilt. Das entspricht einem Zuwachs von 5,5 Prozent bzw. 11.000 Wohnungen. Zwischen den einzelnen Wohnungsarten gab es unterdessen erhebliche Unterschiede. Während die Genehmigungsaktivität bei Eigentumswohnungen nochmals kräftig zulegte (+8.000 oder 16,9 Prozent), sank die Nachfrage nach Einfamilienhäusern um 5,8 Prozent auf 88.000 Wohnungen (-5.000 Einheiten). Nach wie vor bildet aber die Wohnungsart „Einfamilienhaus" die absolut größte Kategorie. Zum Bau von Zweifamilienhäusern wurden 18.000 Genehmigungen erteilt. Das bedeutete einen Zuwachs von 1.000 Einheiten bzw. einen relativen Anstieg von 3,6 Prozent. Die Nachfrage nach Wohnungen in Mehrfamilienhäusern (ohne Eigentumswohnungen) stieg um 3.000 Einheiten auf 39.000 (+8,2 Prozent).

In den alten Bundesländern wurden 2012 rund 203.000 Wohnungsbaugenehmigungen erteilt. Das entspricht einem Plus von 4,6 Prozent oder 9.000

Genehmigungen mehr gegenüber 2011. Erneut war die Dynamik in den neuen Ländern stärker ausgeprägt. Dort wurden 6,1 Prozent mehr Genehmigungen erteilt als 2011. Dies bedeutete einen Anstieg von 2.000 auf 37.000.

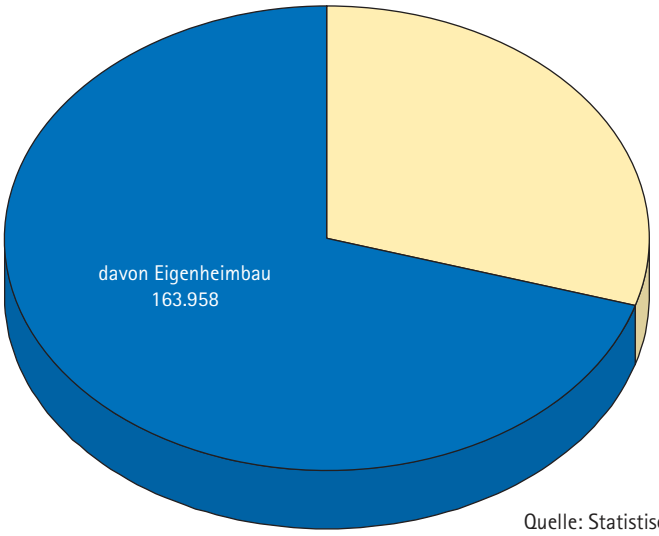
Im Westen der Republik wurde der Bau von 51.000 Eigentumswohnungen genehmigt. Das entspricht einer Steigerung zum Vorjahr von 15,8 Prozent bzw. 7.000 Genehmigungen. Die Nachfrage nach Einfamilienhäusern reduzierte sich um 6,5 Prozent auf 73.000 Einheiten. Bei den Zweifamilienhäusern wuchs die Nachfrage um 4,8 Prozent auf 16.000 Einheiten. Eine kräftige Expansion erfuhren die Eigentumswohnungen. Hier wurden 51.000 Genehmigungen erteilt. Das sind 7.000 oder 15,8 Prozent mehr als im Vorjahr. Eigentumswohnungen werden, was die Nachfrage nach neuem Wohnraum angeht, eine immer bedeutendere Wohnungsart. Für den Bau von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern (ohne Eigentumswohnungen) stellten die Behörden 33.000 Genehmigungen aus (+8,2 Prozent). Durch Ausbau sollen 18.000 Wohnungen entstehen, 3,1 Prozent mehr als im Vorjahr.

Zwischen Ostsee und Erzgebirge erhöhte sich die Zahl der zum Bau genehmigten Eigentumswohnungen um mehr als ein Viertel gegenüber dem Vorjahr, nämlich um 26,1 Prozent oder 1.500 auf 6.900 Genehmigungen. Bei den Ein- und Zweifamilienhäusern zeigte sich ein anderes Bild als im Westen: Während die Nachfrage nach Einfamilienhäusern nur leicht um 2,4 Prozent auf 15.100 Einheiten zurückging, reduzierte sich die Zahl der zum Bau genehmigten Zweifamilienhäuser um 7,0 Prozent auf 1.600 Einheiten. Für neue

Mehrfamilienhäuser (ohne Eigentumswohnungen) wurden im Berichtsjahr 5.900 Genehmigungen mehr erteilt als 2011 (+8,7 Prozent). Für den Ausbau zu Wohnungen erteilten die Behörden 6.000 Genehmigungen, 4,4 Prozent mehr als im Vorjahr.

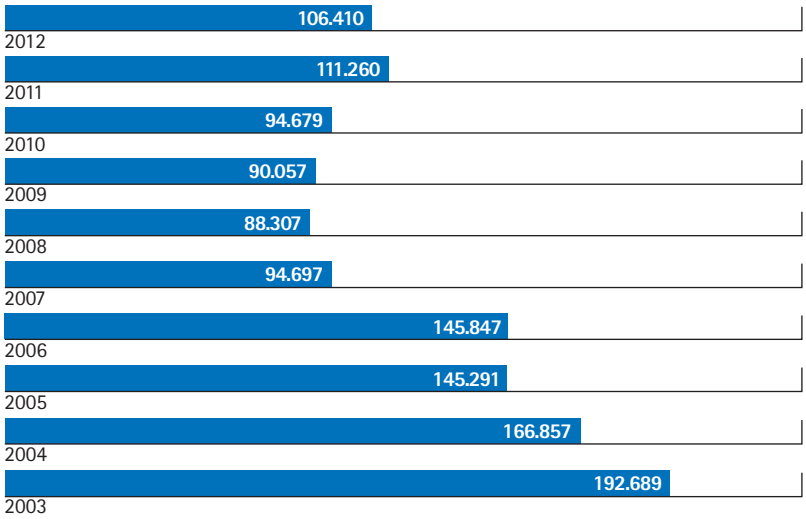
Vorläufigen Berechnungen des ifo-Instituts zufolge wurden im Jahr 2012 in Deutschland 190.000 Wohnungen in neu errichteten Gebäuden sowie in bestehenden Gebäuden und neuen Nichtwohngebäuden geschaffen. Das sind rund 18 Prozent mehr als im Vorjahr. Für 2011 wurde die Zahl, abwärts revidiert, auf 161.000 ermittelt.

Anteil des Eigenheimbaus an den Wohnungsbaugenehmigungen 2012 (Wohnungen insgesamt = 239.465)

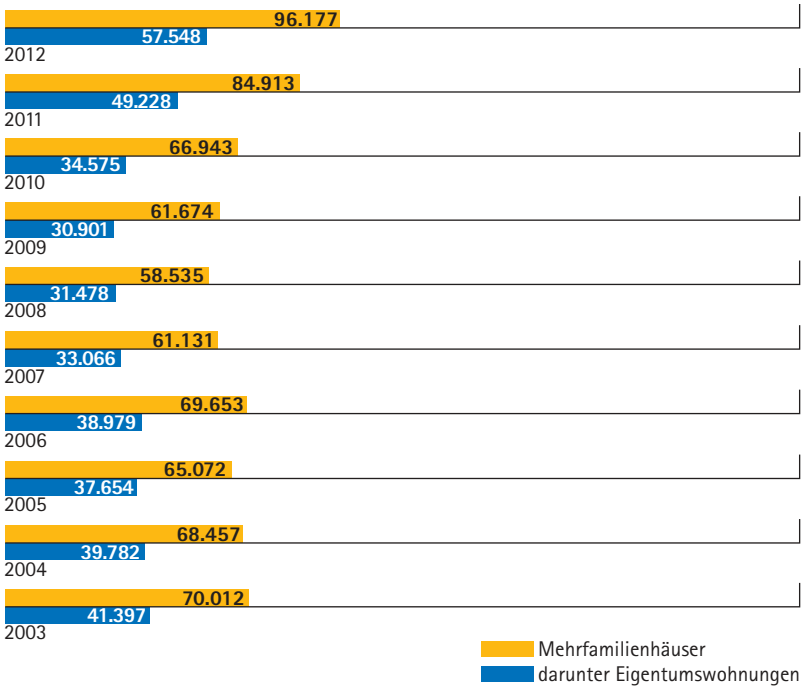


Quelle: Statistisches Bundesamt

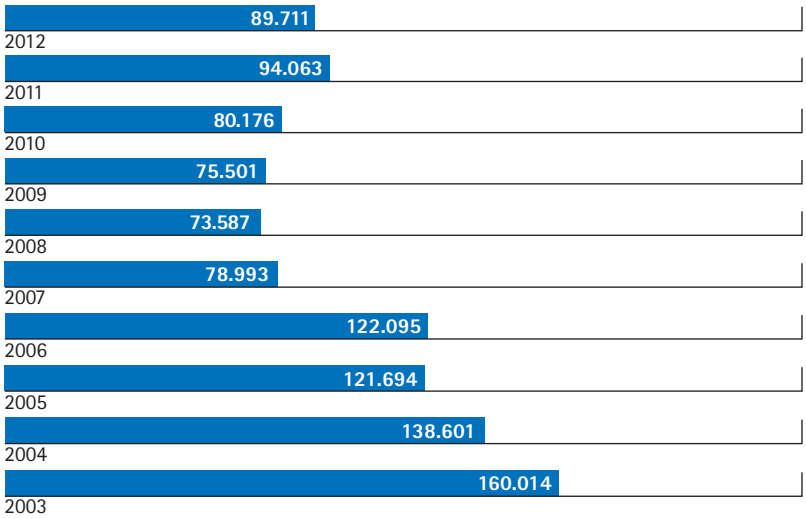
Genehmigte Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern in Deutschland 2003 bis 2012



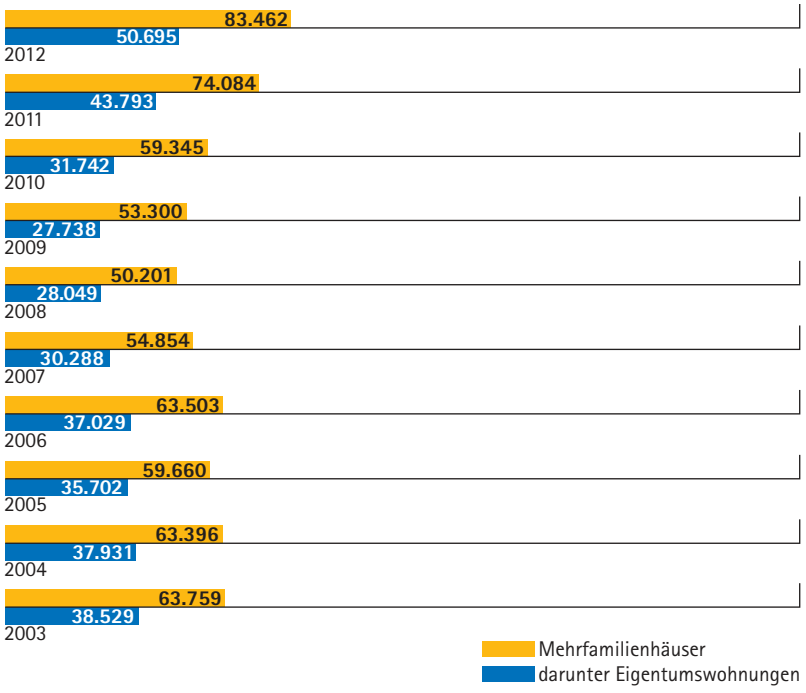
Genehmigte Wohnungen in Mehrfamilienhäusern in Deutschland 2003 bis 2012



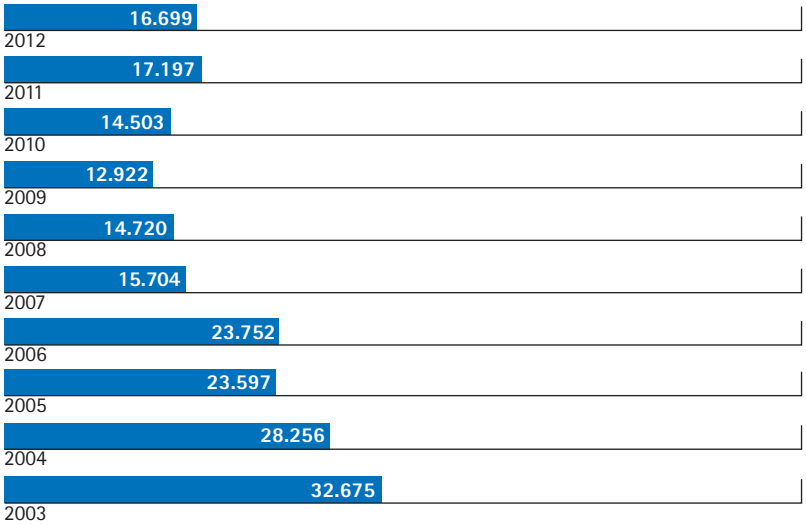
Genehmigte Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern in Westdeutschland 2003 bis 2012



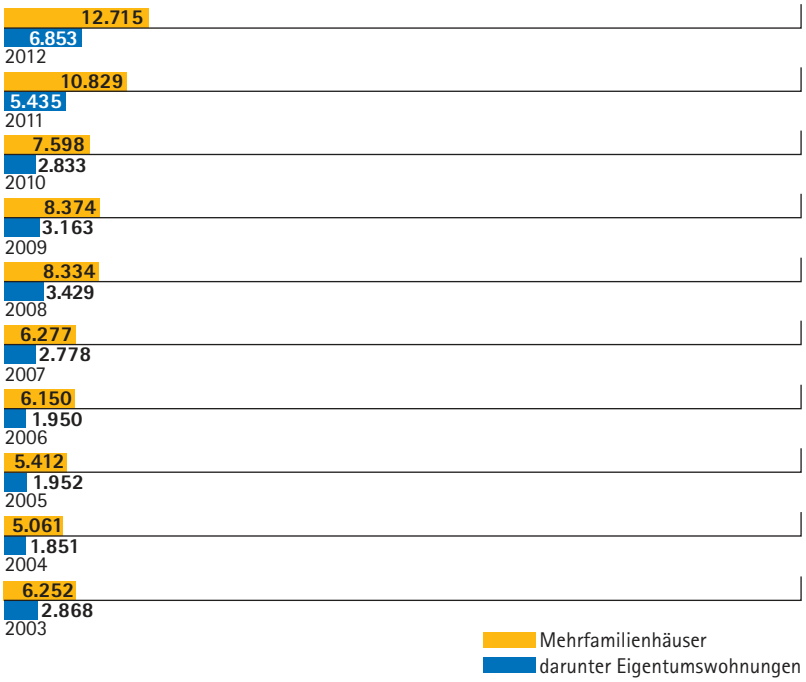
Genehmigte Wohnungen in Mehrfamilienhäusern in Westdeutschland 2003 bis 2012



Genehmigte Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern in Ostdeutschland 2003 bis 2012



Genehmigte Wohnungen in Mehrfamilienhäusern in Ostdeutschland 2003 bis 2012



Bei der Wahl meiner Art
zu leben gehe ich auf
Nummer sicher.

Ich will mir und meiner
Familie etwas Bleibendes
schaffen.

Eigentumswohnung

GESCHÄFTSENTWICKLUNG DER DEUTSCHEN BAUSPARKASSEN*

Bei den deutschen Bausparkassen wurden im Jahre 2012 gut 3,2 Mio. Bausparverträge über eine Bausparsumme von 102,6 Mrd. Euro abgeschlossen. Die Bausparer übertrafen damit das Ergebnis des Vorjahres um 3,3 Prozent nach der Vertragszahl und um 2,4 Prozent nach der Bausparsumme.

Die Bausparer in Westdeutschland zeichneten 2,7 Mio. Verträge über eine Bausparsumme von 88,2 Mrd. Euro. In den neuen Bundesländern einschließlich Berlin wurden 530.000 Verträge über eine Bausparsumme von 13,3 Mrd. Euro abgeschlossen. Nach der Bausparsumme belief sich der Marktanteil der privaten Bausparkassen an den gesamten Neuabschlüssen unverändert auf 64 Prozent.

Die Bausparsumme des Gesamtbestandes an Bausparverträgen bei den deutschen Bausparkassen erhöhte sich 2012 um 2,6 Prozent auf 824,7 Mrd. Euro. Zwei Drittel des Vertragsbestandes wurden weiterhin von privaten Bausparkassen verwaltet. Die Anzahl der bestehenden Verträge betrug nahezu unverändert 30,0 Mio. (+0,1 Prozent).

*) Die Geschäftsentwicklung wird hier mittels gerundeter Zahlen dargestellt. Die Darstellung, auch in Vergleichen, z. B. mit Vorjahresergebnissen, erfolgt aber auf der Grundlage genauer Zahlen aus dem statistischen Anhang dieses Berichts.

Der Gesamtgeldeingang bei den deutschen Bausparkassen stieg um 5,4 Prozent auf 40,9 Mrd. Euro an. Davon entfielen 28,3 Mrd. Euro auf Sparleistungen (+4,0 Prozent) und 12,2 Mrd. Euro auf Zins- und Tilgungsleistungen (+9,6 Prozent).

Vor dem Hintergrund des 2012 abgeschwächten, aber anhaltenden Wirtschaftswachstums fragten die privaten Haushalte mehr Baugeld von Bausparkassen nach. Deren Finanzierungsleistungen nahmen 2012 um 1,1 Prozent auf 33,3 Mrd. Euro zu. Der Marktanteil der privaten Bausparkassen an den Finanzierungsleistungen stieg weiter auf 72 Prozent.

AUSBLICK

Für Deutschland rechnen die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Frühjahrsgutachten 2013 mit einer Belebung der konjunkturellen Entwicklung im Jahresverlauf. Nach wie vor lasten die Folgen der Finanzkrise auch auf der deutschen Volkswirtschaft. Dazu zählen die Institute die Schuldenkrisen in der Europeripherie und wichtigen Volkswirtschaften der Eurozone. Die Lage an den Finanzmärkten habe sich aber entspannt und die Unsicherheit über die Zukunft der Gemeinschaftswährung habe sich verringert. Deshalb seien die Aussichten für einen Anstieg der Wirtschaftsleistung im laufenden Jahr gut.

Für das Jahr 2013 prognostizieren die Institute einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 0,8 Prozent. Die erwartete Wachstumsrate liegt damit über dem Vorjahreswert von 0,7 Prozent. Hintergrund ist neben der Entspannung auf den Finanzmärkten auch das niedrige Zinsniveau und die verstärkte Expansion der Weltwirtschaft gepaart mit der hohen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Getragen wird die diesjährige Expansion von den Konsumausgaben der privaten Haushalte. Im Vergleich zum Vorjahr wird ein Anstieg um 0,8 Prozent erwartet. Auch der Staatsverbrauch wird nach der Prognose um 1,4 Prozent zulegen. Positive Impulse dürften in diesem Jahr auch von den Bauinvestitionen kommen (+1,1 Prozent). Die Institute sagen ein verlangsamtes Wachstum der Exporte (+2,1 Prozent) und eine verstärkte Einfuhr von Waren und Dienstleistungen (+2,2 Prozent) voraus. Damit wird im laufenden Jahr das Wachstum rein rechnerisch allein von der inländischen Verwendung getragen.

Bei ihrer Prognose im April 2013 gingen die Institute noch von einem stabilen Leitzinssatz von 0,75 Prozent in der Eurozone aus. Die Rahmenbedingungen für die Annahme eines allgemein niedrigen Zinsniveaus bleiben aber bestehen. Vor dem Hintergrund der hohen öffentlichen Verschuldung in Staaten der Eurozone und der expansiven Geldpolitik in wichtigen Volkswirtschaften weltweit dürften die Zinsen perspektivisch auf niedrigstem Niveau bleiben.

Die Wirtschaftsleistung dürfte im Jahr 2013 von 41,8 Mio. Menschen erbracht werden. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte weiterhin bei 2,9 Mio. liegen. Die Arbeitslosenquote läge dann bei 6,7 Prozent.

In ihrer Gemeinschaftsdiagnose rechnen die Wirtschaftsforscher mit einem Anstieg der Verbraucherpreise in Deutschland um 1,7 Prozent. Auch in der gesamten Eurozone wird mit einer Teuerungsrate von 1,7 Prozent gerechnet. Dieser Wert ist noch mit dem Stabilitätsziel der EZB vereinbar. Die Institute gehen davon aus, dass es im Jahr 2013 zu keiner Netto-Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte kommen wird.

Für das Jahr 2014 sind die Gutachter optimistisch: Der Prognose zufolge könnte das deutsche BIP um 1,9 Prozent expandieren. Neben einer Erholung in den Staaten der Eurozone und steigenden Ausfuhren würde die Investitionstätigkeit deutscher Unternehmen angeregt. Impulse dürften auch vom Wohnungsbau ausgehen. Außerdem wird mit steigenden privaten Konsumausgaben gerechnet.

Geschäftsentwicklung der privaten Bausparkassen*

NEUGESCHÄFT

Die Bausparer schlossen im Jahre 2012 bei den privaten Bausparkassen 1,9 Mio. neue Bausparverträge über eine Summe von 65,6 Mrd. Euro ab. Die Anzahl der eingelösten Neuverträge stieg um 3,1 Prozent, das Abschlussvolumen um 1,6 Prozent.

Die Bausparer erhöhten 2012 zudem bei 180.000 bestehenden Verträgen mit privaten Bausparkassen nachträglich die Summe. Die durchschnittliche Bausparsumme je eingelöstem Bausparvertrag (einschließlich Erhöhungen) ging leicht auf 34.000 Euro zurück. Die durchschnittliche Bausparsumme lag in den alten Bundesländern (mit 35.100 Euro) deutlich höher als in den neuen Bundesländern (mit 27.600 Euro).

Von den Neuverträgen entfielen 1,6 Mio. Verträge über eine Bausparsumme von 55,4 Mrd. Euro auf Bausparer aus den westdeutschen Bundesländern. In den neuen Bundesländern und Berlin wurden 330.000 Verträge über eine Bausparsumme von 9,1 Mrd. Euro abgeschlossen. Der Summe nach entfielen damit 13,8 Prozent der neuen Bausparverträge mit einer privaten Bausparkasse auf

*) Die Geschäftsentwicklung wird hier mittels gerundeter Zahlen dargestellt. Die Darstellung, auch in Vergleichen, z. B. mit Vorjahresergebnissen, erfolgt aber auf der Grundlage genauer Zahlen aus dem statistischen Anhang dieses Berichts.

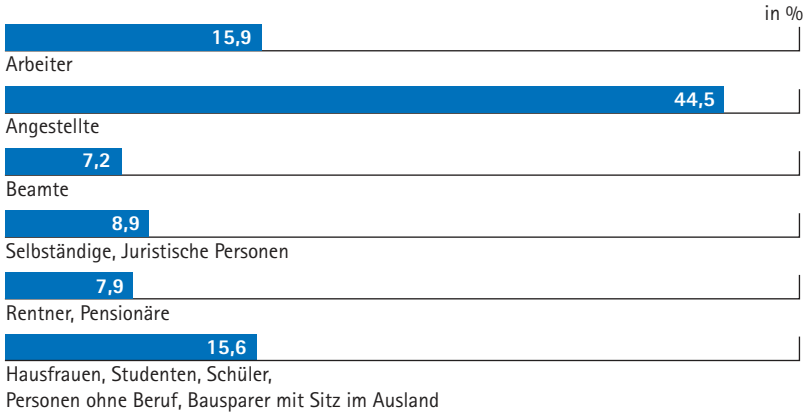
Ostdeutschland. Außerdem zeichneten Bausparer mit Sitz im Ausland (in der Regel in der Europäischen Union) gut 20.000 Verträge über eine Bausparsumme von 1,1 Mrd. Euro (1,7 Prozent der Neuabschlüsse).

Die Neuverträge mit den privaten Bausparkassen wurden auch 2012 in der überwiegenden Mehrzahl von Arbeitnehmern abgeschlossen. Der gesamte Anteil der Abschlüsse von Arbeitern, Angestellten und Beamten belief sich auf 67,6 Prozent gemessen an der Bausparsumme (66,4 Prozent nach der Stückzahl).

Für die Gruppe der Schüler, Studenten, Hausfrauen und sonstiger Personen ohne Beruf sowie von Bausparern mit Sitz im Ausland ist ein summenmäßiger Anteil von 15,6 Prozent an den Neuverträgen zu verzeichnen. Für Rentner und Pensionäre ergibt die Aufschlüsselung der Neuabschlüsse nach der Bausparsumme einen Anteilswert von 7,9 Prozent.

Die von den Bausparkassen seit dem 1. November 2008 angebotenen Altersvorsorge-Bausparverträge stoßen auf weiter wachsende Nachfrage. Im Jahre 2012 wurden nach der Bausparsumme 8,2 Prozent mehr Altersvorsorgeverträge mit privaten Bausparkassen als im Vorjahr abgeschlossen. Auf das neue Marktsegment entfielen gut 150.000 Verträge über eine Bausparsumme von 5,7 Mrd. Euro.

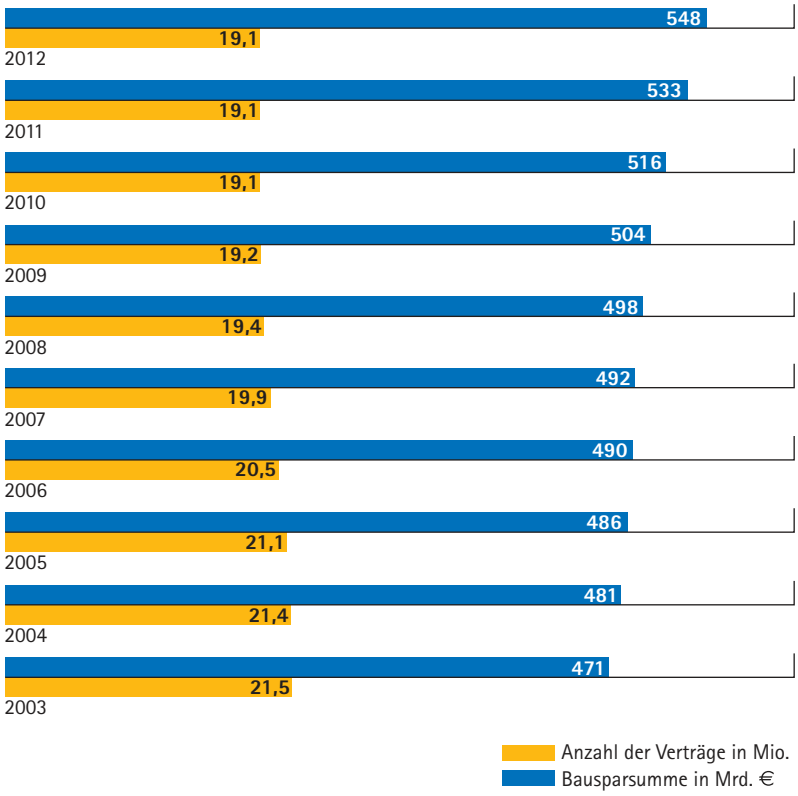
Bei den privaten Bausparkassen 2012 neu abgeschlossene Bausparverträge nach Berufsgruppen (Anteile an den Neuabschlüssen nach der Bausparsumme)



ENTWICKLUNG DES VERTRAGSBESTANDES

Am Jahresende 2012 betreuten die privaten Bausparkassen 19,1 Mio. Verträge über eine Bausparsumme von 548,5 Mrd. Euro (+2,9 Prozent). Der Anteil der Verträge in der Sparphase am gesamten Vertragsbestand nach der Bausparsumme erhöhte sich auf 88,8 Prozent.

Vertragsbestände bei den privaten Bausparkassen 2003 bis 2012



Die Bausparsumme der Verträge des nicht zugeteilten Bestandes stieg 2012 um 4,0 Prozent auf 486,9 Mrd. Euro an. Die durchschnittliche Bausparsumme der Verträge in der Sparphase, die seit vielen Jahren ununterbrochen ansteigt, erreichte zum Jahresende 29.000 Euro (+3,0 Prozent). Der mittlere Anspargrad betrug rund ein Fünftel der Bausparsumme. Die Verträge waren im Durchschnitt mit gut 5.700 Euro (+3,3 Prozent) angespart.

GELDEINGANG

Der gesamte Geldeingang auf Bausparkonten bei den privaten Bausparkassen belief sich im Jahre 2012 auf 27,2 Mrd. Euro (+4,9 Prozent). Die Sparleistungen der Bausparer erreichten mit 18,7 Mrd. Euro einen neuen Höchstwert (+3,4 Prozent). Außerdem gingen 0,3 Mrd. Euro an Wohnungsbauprämien auf Bausparkonten bei den privaten Bausparkassen ein.

Die Sparleistungen der Bausparer nahmen auf breiter Grundlage zu, so dass auch in jedem Bundesland, außer in den Stadtstaaten, ein Zuwachs zu verzeichnen war. Besonders kräftig stieg der Spargeldeingang in Bayern und im Saarland an (um 7 bis 8 Prozent).

In Folge der Geldeingänge stiegen die Bauspareinlagen um 4,3 Prozent auf 95,9 Mrd. Euro. Bausparkassen werden insbesondere seit der Finanz- und Wirtschaftskrise als ein Hort der Stabilität wahrgenommen.

Die Zins- und Tilgungsleistungen der Bausparer beliefen sich auf 8,3 Mrd. Euro (+8,9 Prozent). Von den Zins- und Tilgungsleistungen entfielen mit 6,6 Mrd. Euro vier Fünftel auf reine Tilgungsbeträge. Auch die Entschuldung dient der Vermögensbildung der Bausparer.

In den Spar- und Tilgungsbeiträgen waren von Arbeitgebern überwiesene vermögenswirksame Leistungen enthalten. Sie beliefen sich 2012 insgesamt auf 2,6 Mrd. Euro (+0,4 Prozent).

Bei der Wahl meiner Sparform gehe ich auf Nummer sicher.

Garantiert niedrige Bauzinsen in fünf oder sieben Jahren – das bietet kein anderes Produkt.

Bausparen

AUSZAHLUNGEN UND WOHNUNGSBAUFINANZIERUNGEN

Die privaten Bausparkassen finanzierten im Jahre 2012 den Wohnungsbau mit 24,1 Mrd. Euro. Der Zuwachs dieser Finanzierungsleistungen fiel mit 2,8 Prozent etwas höher aus als die Zunahme der Baugenehmigungen für Ein- und Zweifamilienhäuser und Eigenheime. Mit rund drei Vierteln des gesamten Baugeldes wurde direkt Wohnraum geschaffen oder verbessert, indem es für Zwecke des Neubaus, des Kaufs von Objekten vom Bauträger und für Modernisierungen, Instandsetzungen, Umbauten, Anbauten und Ausbauten ausgezahlt wurde.

Von den Finanzierungen entfielen 11,7 Mrd. Euro auf Auszahlungen nach Zuteilung von Bausparverträgen (+1,6 Prozent). Zur Vor- oder Zwischenfinanzierung von Bausparsummen kamen neue Darlehen in Höhe von 10,8 Mrd. Euro hinzu (+9,0 Prozent). Die Auszahlungen an sonstigen Baudarlehen beliefen sich auf 1,6 Mrd. Euro.

Die privaten Bausparkassen zahlten 2012 insgesamt Baudarlehen in unveränderter Höhe von 14,2 Mrd. Euro aus. Hinzu kamen Auszahlungen an Bauspareinlagen aus zugeteilten Verträgen, die sich auf 9,9 Mrd. Euro beliefen (+7,8 Prozent).

Die Baudarlehen wurden an rund 325.000 Bausparer vergeben. Sie kamen nach der Stückzahl zu 75,5 Prozent der Gruppe der Arbeiter, Angestellten und Beamten zugute. Der Anteil der Arbeitnehmer an den Baudarlehen lag somit noch höher als bei den Neuverträgen. Der durchschnittliche Betrag aller neuen Baudarlehen der privaten Bausparkassen betrug 43.700 Euro (+5,4 Prozent).

Ende 2012 belief sich der Bestand aller Baudarlehen in den Büchern der privaten Bausparkassen auf 92,8 Mrd. Euro. Nach einer Zunahme um 1,4 Prozent wurde damit ein neuer Höchstwert erreicht.

ANZAHL UND PERSONALSTÄRKE DER PRIVATEN BAUSPARKASSEN

Anfang 2012 waren in der Bundesrepublik Deutschland 13 private Bausparkassen tätig. Im Laufe des Berichtsjahres wurde eine private Bausparkasse auf eine andere verschmolzen. Alle zwölf bestehenden privaten Bausparkassen werden in der Rechtsform der Aktiengesellschaft geführt und gehören dem Verband an.

Die privaten Bausparkassen beschäftigten Ende 2012 gut 6.400 Mitarbeiter. Davon waren rund 3.600 weibliche und 2.800 männliche Mitarbeiter bei den Bausparkassen angestellt. Gut 700 Mitarbeiter befanden sich in der Ausbildung.

Nach Umrechnung von Teilzeitbeschäftigten in Vollzeitkräfte ergab sich eine Personenzahl von gut 5.800. Die rechnerisch auf einen vollbeschäftigten Mitarbeiter entfallende Bilanzsumme belief sich auf rund 25 Mio. Euro. Im Durchschnitt konnten 3.280 Bausparverträge von einem Mitarbeiter betreut werden.

Bausparen im mittel- und osteuropäischen Ausland

Einige private Bausparkassen bieten Bausparverträge in mittel- und osteuropäischen Ländern an. Dazu halten sie oder ihre Konzernmutter Anteile an einer Bausparkasse oder einem anderen Institut in diesen Ländern.

Ihr Beitrag zur Finanzierung von Neubau, Kauf oder Modernisierung von Wohneigentum ist beträchtlich. Insbesondere für Bevölkerungsgruppen mit niedrigen und mittleren Einkommen stellt Bausparen oft die einzige Finanzierungsmöglichkeit bei Wohnbedarf dar.

Bausparen im mittel- und osteuropäischen Ausland 2012

	Umrechnungskurse per Ende 2012[1]	Eingelöstes Neugeschäft		Bestand an Bausparverträgen am 31.12.2012		Spargeldeingang[3]
		Anzahl[2]	Bausparsummen in Mio. €	Anzahl	Bausparsummen in Mio. €	in Mio. €
Tschechien	25,032 CZK/€	237.561	3.730,8	2.260.560	38.588,2	1.352,2
Slowakei	-	198.561	1.821,0	955.090	12.647,0	500,0
Ungarn	291,000 HUF/€	121.809	1.100,2	657.782	5.534,6	303,2
Rumänien	4,440 RON/€	35.406	90,1	179.566	600,2	20,0
Kroatien	7,552 HRK/€	28.759	185,8	145.262	1.010,3	50,3

1) Mittlerer Geld/Brief-Devisenkurs im Freiverkehr.
2) Einschließlich Erhöhungen.
3) Ohne Zinsgutschriften.

Wohnungspolitische Diskussion

Bis heute dauert die Finanzkrise in Europa an. Ursachen und Folgen sind längst nicht überwunden; während der sogenannten Zypern-Krise in den ersten Monaten des Jahres 2013 wurde dies deutlich. Viele Staaten, in denen die Finanzkrise durch Verwerfungen auf den Immobilienmärkten (und in der Immobilienfinanzierung) ihren Ausdruck nahm, stecken nach wie vor in der Rezession. Nur wenige erholen sich allmählich. Stabile Immobilienmärkte beginnen mit einer sicheren Finanzierung. Das Bausparen trägt mit seiner speziellen Sicherheitsarchitektur, dem zweckgerichteten Eigenkapitalaufbau und festen Zinsversprechen in der Spar- und Darlehensphase, in besonderer Weise den Gedanken der Nachhaltigkeit in sich. Eines der wichtigsten Ziele der Verbandsarbeit war es, diese Aspekte gegenüber der nationalen und europäischen Politik und Öffentlichkeit zu betonen und ein Bewusstsein für die Notwendigkeit einer nachhaltigen Immobilienfinanzierung zu schaffen.

Die Bedeutung der eigenen vier Wände für die Altersvorsorge wird durch die demografische Entwicklung noch zunehmen. Deshalb hat sich der Verband auch für Verbesserungen bei der Eigenheimrente stark gemacht. Selbst genutztes Wohneigentum hat eine hohe soziale Dimension, die der Verband in seiner Arbeit stark hervorhebt. Mietfreies Wohnen im Alter wird umso wichtiger, je geringer das Einkommen während der Berufstätigkeit ist und je geringer damit die staatliche Geldrente ausfällt.

Vor diesem Hintergrund hat sich der Verband zudem für den Erhalt der Arbeitnehmer-Sparzulage stark gemacht. Sie ist für viele Menschen der Einstieg in die Vermögensbildung.

ENERGIEPOLITISCHE WENDE

Die energiepolitische Wende gehört zu den wichtigsten Vorhaben der Politik. Die energetische Gebäudesanierung ist ein Eckpfeiler im energiepolitischen Konzept der Bundesregierung. Die Aufgabe ist gewaltig und kann ohne die Mobilisierung privaten Kapitals nicht bewältigt werden. Deshalb hat sich der Verband im Austausch mit Politik, Verwaltung und Verbänden damit beschäftigt, wie die privaten Haushalte noch stärker für den Vollzug der energiepolitischen Wende gewonnen werden können.

Eine viel beachtete empirica-Studie im Auftrag des Verbandes kam zu dem Ergebnis, dass die Eigentümer von Ein- und Zweifamilienhäusern bereits in der Vergangenheit sehr viel geleistet haben und der energetische Zustand des Gebäudebestandes in Deutschland insgesamt erstaunlich gut ist. Das zweckgerichtete Vorsparen ist dabei ganz wesentlich für solche Investitionsentscheidungen.

Bereits im Juli 2011 war vom Bundestag ein Gesetz zur steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung verabschiedet worden. Der Bundesrat lehnte das Gesetz ab. Der Verband brachte die Idee eines einkommensunabhängigen Zuschusses in die Debatte ein. Letztlich scheiterte jedoch das Vermittlungsverfahren zwischen Bundestag und Bundesrat. Stattdessen führte die Bundesregierung dann einen Zuschuss ein, der über das KfW-Programm „Energieeffizient Sanieren – Investitionszuschuss" gewährt wird. Hierfür stehen zusätzlich Mittel in Höhe von 300 Mio. Euro pro Jahr für die kommenden acht Jahre zur Verfügung, die sich aus dem Energie- und Klimafonds speisen.

Das Bundeskabinett beschloss außerdem die unter Federführung des Bauministeriums und des Wirtschaftsministeriums erarbeiteten Änderungen der Energieeinsparverordnung (EnEV) und des Energieeinsparungsgesetzes (EnEG). Mit der Änderung des EnEG werden die gesetzlichen Ermächtigungsgrundlagen für die in der EnEV-Novelle enthaltenen Modifikationen ermöglicht. Mit dem Verzicht auf verschärfte Anforderungen an den Gebäudebestand wurde ein wesentliches Anliegen des Verbandes erfüllt. Das Vorhaben wird derzeit im Bundesrat behandelt.

BILDUNGSSPAREN

Die im Koalitionsvertrag von Union und FDP angekündigte Einführung eines Bildungssparens lässt immer noch auf sich warten. Dabei hatte der Verband es begrüßt, dass die Bundesbildungsministerin schon frühzeitig die Frage aufgeworfen hatte, ob sich das Bausparsystem dafür nicht als Modell eigne. Die Debatte nahm erst wieder Fahrt auf, nachdem sich die Koalition am 4. November 2012 auf die Einführung eines Betreuungsgeldes verständigte. Als Alternative dazu wurde die Einführung eines Bildungssparens beschlossen, das zusätzlich mit 15 Euro pro Monat gefördert werden soll. Zur Umsetzung dieses Vorhabens, dessen Federführung beim Familienministerium liegt, fanden verschiedene politische Gespräche statt, in denen sich der Verband konstruktiv einbrachte, auch weil dies ein Einstieg für ein breiter angelegtes Bildungssparen sein könnte. Noch befindet sich das Vorhaben in der Ressortabstimmung.

Bei der Wahl der richtigen
Finanzierung gehe ich
auf Nummer sicher.

Und mit dem Riester-Darlehen
meiner Bausparkasse nutze
ich die attraktive staatliche
Förderung.

Eigenheimrente

Umfragen zum „Sparklima“ in Deutschland

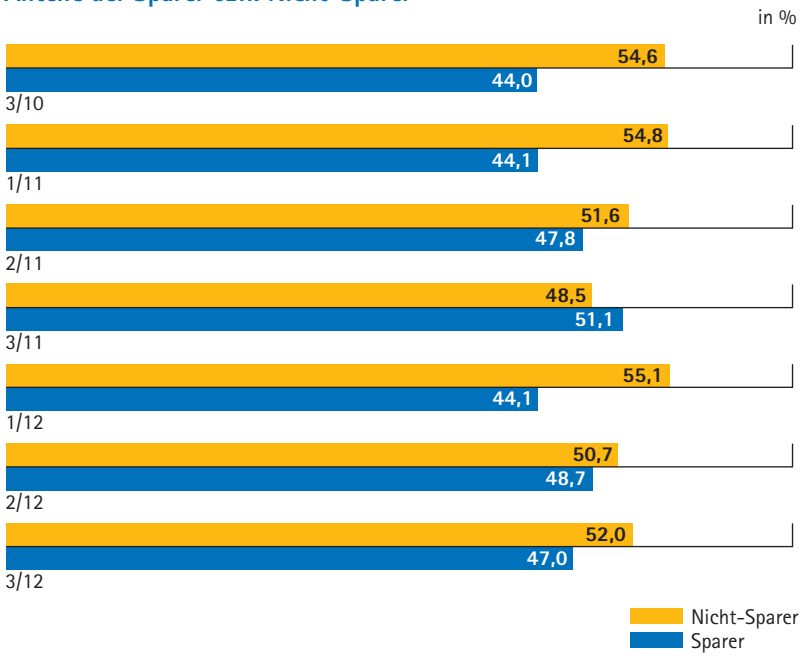
Das Bielefelder Marktforschungsinstitut TNS Infratest befragt drei Mal jährlich im Auftrag des Verbandes der Privaten Bausparkassen seit 1997 die Deutschen nach ihrem Sparverhalten.

Sparer/Nichtsparer

Im Herbst 2012 sparten 47 Prozent der Deutschen für einen bestimmten Zweck. Der Anteil lag um 2 Prozentpunkte niedriger als noch im Juni 2012. Die Sparneigung in der Bevölkerung war zwar leicht zurückgegangen, lag aber höher als noch zu Jahresbeginn.

Wie in der folgenden Grafik veranschaulicht, zeigt sich der Anteil der Sparer im Jahresmittel im Vergleich zu den Jahren 2009 und 2010 leicht erholt, wenngleich der Durchschnittswert aus dem Jahre 2011 nicht ganz erreicht wurde. Auch gegenüber dem deutlichen Anstieg in der Sparneigung der Bundesbürger zum Jahresende 2011 mit 51 Prozent fiel die Sparerquote im Herbst 2012 ab.

Anteile der Sparer bzw. Nicht-Sparer



Sparziele

Bei denjenigen, die sparen, ergab sich folgende Verteilung der wichtigsten Sparziele (Anteile in %):

	3/12	2/12	1/12	3/11	2/11	1/11	3/10
Konsum/Anschaffungen (Autokauf o. ä.):	62,0	55,9	58,5	57,6	56,1	59,5	58,2
Altersvorsorge:	59,0	64,7	54,2	65,9	62,1	59,7	60,2
Erwerb/Renovierung von Wohneigentum:	46,0	51,2	50,5	51,4	50,6	47,1	45,8
Kapitalanlage:	31,0	31,7	31,7	33,6	36,8	32,8	27,5
Notgroschen/Reserve:	5,0	5,9	4,6	4,0	2,5	4,0	3,7
Ausbildung der Kinder:	4,0	5,0	6,3	3,8	4,6	4,0	4,9
Sonstiges:	12,0	6,9	7,1	4,3	7,5	7,4	5,4

(Die Summe dieser Anteile ergibt mehr als 100 %, d. h., es wurden teilweise mehrere Sparziele angegeben.)

Das Sparmotiv „Konsum" gewann im Vergleich zur Befragung im Sommer 2012 deutlich an Attraktivität (+6 Prozentpunkte). Es war das Sparziel, welches mit knapp zwei Drittel der Nennungen am häufigsten genannt wurde. Auch im Vergleich zum Oktober 2011 wurde der „Konsum" häufiger als Sparmotiv genannt (+4 Prozentpunkte). Im Vergleich zur Vorbefragung legten die Bundesbürger seltener Geld für den Ruhestand zurück (-6 Prozentpunkte). Ebenfalls einen Rückgang verzeichnete das Motiv „Wohneigentum", welches im Vergleich zur Vorbefragung von 46 Prozent der Bundesbürger (-5 Prozentpunkte) als Sparziel genannt wurde.

Weiterhin zeigt das Sparziel „Kapitalanlage", dass der Vertrauensverlust durch die Finanzkrise nur zögerlich überwunden wird. Knapp ein Drittel der Bundesbürger gab die Kapitalanlage als Sparziel an (31 Prozent). Der Wert war im Vergleich zur Vorbefragung nahezu unverändert und lag weiterhin rund 10 Prozentpunkte unter dem Niveau, das die Kapitalanlage als Sparziel vor der Finanzkrise 2008 verzeichnete.

Zukünftiges Sparverhalten

Auf die Frage hinsichtlich des künftigen Sparverhaltens ergaben sich folgende Antworten (Anteile in %):

	3/12	2/12	1/12	3/11	2/11	1/11	3/10
Mehr:	9,0	8,7	6,8	9,6	9,7	8,2	6,2
Weniger:	14,0	12,8	12,0	11,4	12,1	12,3	12,0
Etwa gleich viel:	72,0	72,3	73,5	71,2	71,0	69,2	73,6
Weiß nicht und keine Angabe:	6,0	6,3	7,7	7,8	7,1	10,3	8,3

Der Anteil derer, die beabsichtigten, in Zukunft weniger zu sparen, war in den letzten beiden Befragungen jeweils um einen Prozentpunkt gestiegen und lag im Herbst 2012 bei 14 Prozent. Nach dem Rückgang im März 2012 bestätigte sich nun der Anstieg aus der Vorbefragung auf 9 Prozent der Bundesbürger, die zukünftig mehr sparen wollen.

In den unteren Einkommensgruppen (bis unter 1.500 Euro Haushaltsnettoeinkommen) lag der Anteil derjenigen, die in Zukunft weniger sparen wollen (oder können), mit 20 Prozent deutlich über dem Durchschnitt.

Konstant war im Vergleich zur Vorbefragung auch der Anteil der Bundesbürger, die beabsichtigen, an ihrem Sparverhalten nichts zu ändern (72 Prozent). Dies galt ebenso für den Anteil derjenigen, die sich nicht in der Lage sahen, eine Einschätzung ihres zukünftigen Sparverhaltens abzugeben. Von der Unsicherheit, die sich zu Beginn des Jahres bei der Einschätzung der Bundesbürger zum zukünftigen Sparverhalten noch widerspiegelte, war nur noch wenig zu sehen. Aus der Einschätzung zum zukünftigen Sparverhalten ergab sich zum Jahresende 2012, dass die Bundesbürger gedämpft optimistisch sind und auch zukünftig noch in der Lage sein werden, sparen zu können.

Gründe für steigendes Sparvolumen

Bei den Haushalten, die angaben, mehr sparen zu wollen, ergab sich folgende Verteilung der Gründe für dieses Mehrsparen (Anteile in %):

	3/12	2/12	1/12	3/11	2/11	1/11	3/10
Berufliche Veränderungen/ Einkommensänderung:	27,0	25,4	34,4	32,7	24,9	23,1	23,7
Allgemeines Sparen für die Zukunft/Notgroschen:	21,0	27,6	19,9	27,3	21,8	20,0	32,8
Größere Anschaffungen:	20,0	27,5	16,8	24,3	20,7	12,2	20,8
Immobilienerwerb/ Modernisierung:	14,0	11,4	5,9	15,6	7,3	7,3	7,8
Urlaub:	10,0	18,2	10,9	19,3	10,7	7,9	7,7
Steigende Ausgaben:	10,0	9,3	12,1	12,6	4,3	10,7	13,5
Steigendes Konsumbedürfnis:	7,0	6,1	6,6	11,7	10,0	6,5	4,1
Fehlende Einkommens-steigerungen/Ein-kommenseinbußen:	6,0	8,0	2,5	5,7	6,0	3,7	5,0
Unsichere Altersvorsorge:	5,0	8,6	6,2	8,1	10,4	6,1	4,3
Allgemeine wirtschaftliche und politische Situation:	2,0	7,9	4,0	8,9	0,3	1,8	2,1
Arbeitslosigkeit:	2,0	3,3	0,7	0,8	3,7	2,9	3,3

Auf Platz 1 der Motive zur Begründung für ein steigendes Sparvolumen lag wieder „berufliche Veränderung" bzw. „Einkommensänderung". Allerdings war der Anstieg zur Vorbefragung gering. Die Veränderungen in der Rangreihe resultierten vielmehr aus den deutlichen Verlusten, die die Sparziele „Notgroschen" und „größere Anschaffungen" erfuhren (-7 Prozentpunkte bzw. -8 Prozentpunkte). Diese drei Motive bildeten sowohl im Vergleich zur Vorbefragung als auch im saisonalen Vergleich aber weiterhin die Top 3 der wichtigsten Motive, um mehr zu sparen.

Auf Platz 4 folgte sowohl in der Vorbefragung als auch im saisonalen Vergleich das Motiv „Urlaub/Reisen", welches mit 10 Prozent der Nennungen deutlich seltener genannt wurde als im Herbst 2011 (-9 Prozentpunkte). Auch die weiteren konsumorientierten Motive wurden gegen Ende des Jahres seltener zur Begründung herangezogen (größere Anschaffungen, steigender Konsum).

Außer dem Sparmotiv „Notgroschen" lagen Begründungen, die auf eine Unsicherheit der Bundesbürger schließen ließen, am Ende der Rangreihe (unsichere Altersvorsorge, wirtschaftspolitische Situation, Arbeitslosigkeit). Die positive Lage am Arbeitsmarkt und das Vertrauen in die Wirtschaft spiegelten sich somit auch bei den Begründungen für ein steigendes Sparvolumen wider. Dies deckte sich mit den Ergebnissen aus dem GfK-Konsumklima-Index, der einen deutlichen Anstieg beim Konsum prognostizierte.

Gründe für sinkendes Sparvolumen

Den stärksten Anstieg verzeichnete das Motiv „Konsum", welches im Vergleich zur Vorbefragung deutlich häufiger genannt wurde (+12 Prozentpunkte). Diese Begründung deutet darauf hin, dass Bundesbürger mit einer sinkenden Sparneigung ihr Geld aktuell lieber ausgeben, anstatt es zu sparen.

Ein Drittel der Nennungen und damit +7 Prozentpunkte im Vergleich zur Vorbefragung entfielen auf „steigende Lebenshaltungskosten" als Begründung für ein sinkendes Sparvolumen. Zusammen mit dem Anstieg beim Motiv „Konsum" zeigte dies, dass die Inflationsbefürchtungen in den Köpfen der Sparer,

die zukünftig weniger sparen wollen, wieder stärker präsent waren als noch im Juni 2012.

Bei den Haushalten, die künftig weniger Sparen wollen, liegen folgende Gründe vor (Anteile in %):

	3/12	2/12	1/12	3/11	2/11	1/11	3/10
Fehlende Einkommenssteigerungen/Einkommenseinbußen:	31,8	23,6	39,9	38,4	32,7	38,1	34,5
Steigende Ausgaben/ Lebenshaltungskosten:	28,1	41,1	32,4	31,9	34,4	33,2	33,3
Allgemeine politische und wirtschaftliche Situation:	13,9	6,4	11,4	5,0	11,8	9,6	10,3
Unsichere Altersvorsorge:	11,7	5,5	9,1	5,0	6,0	8,8	7,6
Berufliche Veränderungen/ Einkommensänderung:	11,3	3,0	8,9	8,8	11,7	12,6	10,6
Sparen macht keinen Sinn:	10,6	9,2	12,6	18,4	9,2	9,4	10,0
Steigendes Konsumbedürfnis:	10,6	7,3	2,9	11,7	6,0	4,2	10,3
Größere Anschaffungen:	6,7	6,9	6,5	7,1	6,3	4,9	5,2
Immobilienerwerb/ Modernisierung:	6,2	6,6	4,3	3,2	4,6	6,9	5,3
Arbeitslosigkeit:	5,6	3,3	9,7	6,5	6,9	5,3	7,6
Urlaub:	4,4	6,5	6,7	3,4	5,5	3,6	1,0

„Fehlende Einkommenssteigerungen bzw. Einbußen" verblieben auf Platz zwei in der Rangliste der Begründungen für ein sinkendes Sparvolumen. Auch auf den hinteren Rangplätzen waren Veränderungen in der Motivlage erkennbar. „Berufliche- /Einkommensänderung" wurde seltener zur Begründung für ein sinkendes Sparvolumen (-8 Prozentpunkte) genannt. Auch „Immobilienerwerb/

Renovierung" führten die Bundesbürger, die zukünftig weniger sparen wollen, seltener zur Begründung an (-7 Prozentpunkte).

Ausblick

Der Anteil der Zwecksparer, der in den Jahren 2008 bis 2010 im Jahresmittel deutlich zurückgegangen ist, deutet durch den Anstieg in 2011 und die Bestätigung im Jahresmittel 2012 auf eine durchgreifende Erholung hin. Es bleibt abzuwarten, ob sich dieser Trend fortsetzt. Ebenfalls spannend dürfte die weitere Entwicklung zu den Auswirkungen der Finanzkrise auf das Sparverhalten der Bundesbürger sein. Die Ergebnisse stützen aus Sicht von TNS Infratest die Hypothese, dass die Motive der Sparer 2012 weniger durch Unsicherheit geprägt waren als in vergangenen Befragungen und Sparen für Konsumzwecke an Bedeutung gewinnt.

Der Sparklima-Index

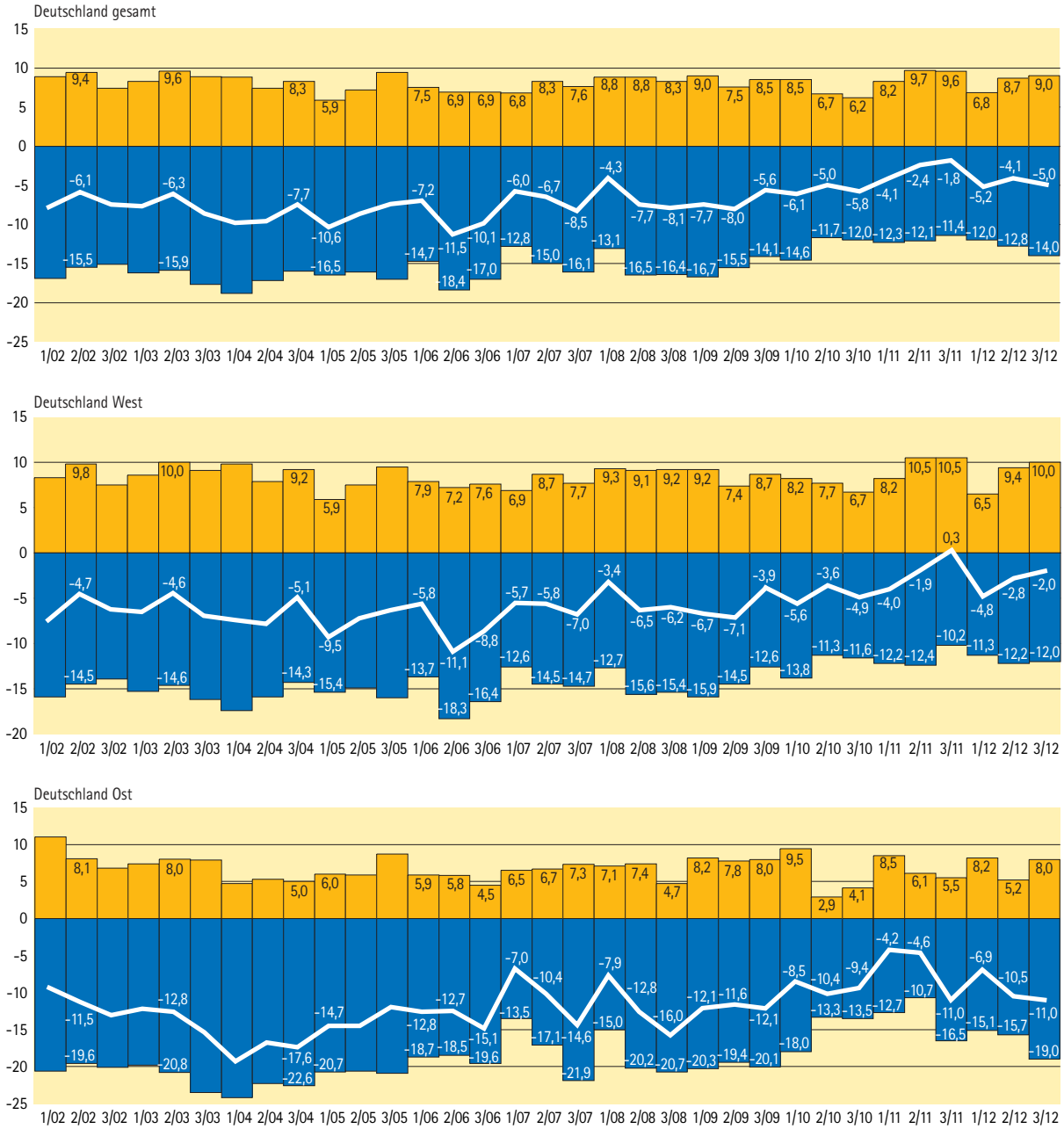
Gegenüber dem Sommer 2012 hat die Sparneigung der privaten Haushalte in Deutschland im Herbst um 2,3 Prozentpunkte auf 47 Prozent abgenommen. Die Zahl der Nicht-Sparer überwog mit 52 Prozentpunkten (+1,3 Prozentpunkte), die der Sparer um 5 Prozentpunkte. Die Zahl der Bundesbürger, die künftig mehr sparen wollen, war gegenüber dem Sommer nahezu gleich geblieben (9 Prozent). Dafür beabsichtigten 14 Prozent (+1,2 Prozentpunkte) der Befragten, künftig weniger sparen zu wollen. Seit Herbst 2011 hat die Bereitschaft zum Sparen in der Zukunft abgenommen. Das hat mehrere Ursachen: Einerseits ist das bisherige Sparniveau bereits sehr hoch; 72 Prozent der Spa-

rer gaben im Herbst 2012 an, künftig genauso viel sparen zu wollen wie bisher. Andererseits animierten die gute konjunkturelle Lage und der starke Arbeitsmarkt zu zusätzlichen Konsumausgaben. Zudem wurden steigende Lebenshaltungskosten als häufigster Grund für Sparzurückhaltung angegeben. Darin kamen Inflationssorgen zum Ausdruck. Der Sparklima-Index gab infolgedessen zum Jahresende 2012 etwas nach und lag nun bei -5 Prozent.

Die Unterschiede im Ost-West-Vergleich waren noch ausgeprägter als in den vorangegangenen Befragungswellen. 19 Prozent der Befragten gaben an, künftig weniger sparen zu wollen. Zuletzt wurde ein ähnlicher Wert im Frühjahr 2010 ermittelt. Zwar stieg auch der Prozentsatz der Haushalte, die künftig mehr sparen wollen, von 5,2 Prozent auf 8 Prozent. Der Saldo hat sich unterdessen aber weiter verschlechtert, und der Sparklimaindex für den Ostteil der Republik lag nunmehr bei -11 Punkten.

Dagegen hat sich der Index in den alten Bundesländern um 0,8 Punkte auf -2 Punkte verbessert. 10 Prozent der Befragten haben vor, künftig mehr zu sparen. Bei der Befragung im Sommer glaubten noch 9,4 Prozent, in der Zukunft mehr auf die hohe Kante legen zu können. Die 10 Prozent in der Herbstwelle lagen nur 2 Prozentpunkte über dem Wert für Ostdeutschland. Die Ost-West-Disparitäten im Sparklimaindex ergaben sich mithin vor allem aus denjenigen Haushalten, die ihre Sparfähigkeit für die Zukunft schlechter einschätzten. Während im Osten fast jeder fünfte Haushalt damit rechnete, künftig weniger sparen zu wollen, war es im Westen nur knapp jeder zehnte Haushalt (12 Prozent der Befragten).

Sparklima-Index



Kurve = Differenz aus den Prozentsätzen derjenigen, die mehr sparen wollen, und derjenigen, die weniger sparen wollen.

Bei der Wahl meiner
Altersvorsorge gehe ich
auf Nummer sicher.

Im Alter mietfrei wohnen,
ist viel Geld wert.

eigenes Haus

Eigenkapitalvorschriften

NEUFASSUNG DER EU-VORSCHRIFTEN ÜBER EINE ANGEMESSENE EIGENKAPITALAUSSTATTUNG

Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht hatte Ende 2010 seine Empfehlungen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Bankensektors („Basel III") veröffentlicht. Mitte 2011 legte die EU-Kommission den Verordnungs- und Richtlinienentwurf zur Umsetzung in Europa, das sogenannte Änderungspaket CRD IV, vor. Die Verordnung, die vor allem Neuregelungen zum Eigenkapital, zu Kapitalpuffern, zur Verschuldungsquote und zur Liquidität enthält, sollte ab dem 1. Januar 2013 unmittelbar in den Mitgliedstaaten wirksam werden.

Die European Banking Authority (EBA) soll mit der Verordnung aufgefordert werden, zu verschiedenen Themen technische Standards zu erlassen. Im April 2012 hat die EBA den Entwurf von bankaufsichtlichen Standards zu den verschiedenen Formen des Eigenkapitals und im Juni 2012 zur Offenlegung des Eigenkapitals der Institute vorgelegt.

Das Europäische Parlament, der ECOFIN-Ministerrat und die Kommission haben im Mai 2012 die sogenannten Trilog-Verhandlungen über das Änderungspaket CRD IV begonnen. Der federführende parlamentarische Ausschuss sprach sich zuvor den Petiten der Europäischen Bausparkassenvereinigung entspre-

chend für Erleichterungen insbesondere bei der Regulierung der Verschuldungsquote aus.

Das European Banking Industry Committee hat im Februar 2013 auch im Namen der Europäischen Bausparkassenvereinigung zu den anhaltenden Trilog-Verhandlungen erneut Stellung genommen und sich dafür ausgesprochen, dass das Regelungswerk nicht vor dem 1. Januar 2014 eingeführt wird.

Die Trilog-Verhandlungen konnten Ende Februar 2013 grundsätzlich abgeschlossen werden. Auf eine Begrenzung der Verschuldungsquote soll zunächst verzichtet werden. Das Regelungswerk soll am 1. Januar 2014 in Kraft treten.

NATIONALE UMSETZUNG DER NEUEN EIGENKAPITALVORSCHRIFTEN DER EU

Die Bundesregierung beschloss im August 2012 den Entwurf eines CRD IV-Umsetzungsgesetzes, das am 1. Januar 2013 in Kraft treten sollte. Mit dem Gesetz sollen insbesondere Regeln für einen fixen Kapitalerhaltungspuffer, für einen variablen antizyklischen Kapitalpuffer und für einen Kapitalpuffer für systemische Risiken in das Kreditwesengesetz eingefügt werden.

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hat im Oktober 2012 die Entwürfe von fünf Rechtsverordnungen zur weiteren Ausführung des geplanten CRD IV-Umsetzungsgesetzes vorgelegt. Mit der vorgesehenen Neufassung der Solvabilitätsverordnung wird für die Bemessung des Beleihungswertes von Immobilien der bausparkassengesetzliche Beleihungswert anerkannt.

Die Prüfung der Vorgaben für die Bemessung des Beleihungswerts von Immobilien nach dem Entwurf für die Solvabilitätsverordnung im Verband hat ergeben, dass sich daraus in Verbindung mit der Regelung des CRD IV-Verordnungsentwurfs ein für Bausparkassen gutes Ergebnis der Risikoberechnung im Kreditrisiko-Standardansatz ergibt. Danach könnte einer durch Wohnimmobilien besicherten Forderung ein Risikogewicht von 35 Prozent zugeordnet werden, wenn die Forderung 80 Prozent des Beleihungswerts der Immobilie nicht übersteigt. Die heutige Regelung des Mischsatzes für Kredite an Bausparer würde entbehrlich werden.

Nachdem die europäischen Verhandlungen über das Änderungspaket CRD IV erst 2013 abgeschlossen werden konnten, hat sich der Deutsche Bundestag mit dem Umsetzungsgesetz befasst. Er hat im Mai 2013 das CRD IV-Umsetzungsgesetz verabschiedet, das nun grundsätzlich am 1. Januar 2014 in Kraft treten soll.

Neue Liquiditätsstandards

Der Basler Ausschuss hat im Januar 2013 seine Anforderungen an die Liquidität der Institute überarbeitet und ein Papier über „The Liquidity Coverage Ratio and liquidity risk monitoring tools" veröffentlicht. In der EU wird die Einführung von Liquiditätsstandards mit dem Änderungspaket CRD IV vorgesehen. In dem Trilog über das Änderungspaket ist die Übernahme der neuen Basler Anforderungen grundsätzlich ausgehandelt worden.

Die EBA erstellte im Vorgriff auf die CRD IV den Entwurf eines Meldestandards zur Liquidität. Im Februar 2013 hat sie zwei Diskussionspapiere zu Überlegungen vorgelegt, die Liquiditätsanforderungen zu konkretisieren. Die Europäische Bausparkassenvereinigung nahm zu dem Papier zu den Privatkundeneinlagen, die höheren Abflüssen unterliegen, Stellung und stellte die Stabilität von Bauspareinlagen dar.

Die EBA hat im Mai 2013 zwei weitere Papiere zur Konsultation gestellt. Ein Papier betrifft zusätzliche Berichtspflichten über die Fristentransformation und die Konzentration auf eine bestimmte Art der Refinanzierung. Mit dem anderen Papier sollen Abflüsse berücksichtigt werden, die von Auswirkungen ungünstiger Marktbedingungen auf Derivativgeschäfte herrühren.

Bankaufsichtliches Meldewesen

STANDARDS DER EUROPEAN BANKING AUTHORITY

Mit dem europäischen Änderungspaket CRD IV soll die EBA aufgefordert werden, einen technischen Durchführungsstandard zum bankaufsichtlichen Meldewesen zu erstellen, der für die Institute zu einem direkt anwendbaren Recht werden soll. Zur Vorbereitung hatte die EBA im Dezember 2011 einen Entwurf für einen Standard veröffentlicht. Im Februar 2012 reichte sie einen Standardentwurf für Großkreditmeldungen nach. Der Verband nahm über die Europäische Bausparkassenvereinigung zu den Entwürfen kritisch Stellung.

Die EBA hat Ende Mai 2012 ein Datenmodell mit den notwendigen technischen Spezifikationen vorgelegt, damit auf dieser Grundlage eine IT-Lösung für das standardgerechte Meldewesen entwickelt werden kann.

Im Juni 2012 hat die EBA – ebenfalls im Vorgriff auf die CRD IV – den Entwurf eines Standards zur Meldung der Verschuldung der Institute (Leverage) veröffentlicht.

MODERNISIERUNG DES NATIONALEN BANKAUFSICHTLICHEN MELDEWESENS

Die Deutsche Bundesbank und die BaFin hatten 2011 ein Konzept zur Modernisierung des bankaufsichtlichen Meldewesens vorgelegt. Mit der überarbeiteten Fassung vom Februar 2012 verzichteten sie für die Millionenkreditmeldungen zunächst auf eine Absenkung der Meldegrenze unter 1 Mio. Euro und auf eine Verkürzung der Meldefrequenz. Beide Bausparkassenverbände nahmen zum überarbeiteten Konzept gemeinsam Stellung.

Die Bundesbank und die BaFin legten im April 2012 ein neues Konzept zur Modernisierung des Meldewesens im Bereich der unterjährigen Finanzdaten vor. Nach vorläufiger Abgrenzung zu den Regelungsbereichen der EBA-Standards werden damit Meldungen des Einzelinstituts nach HGB gefordert. Der Verband hat zu der geplanten Modernisierung der Meldungen unterjähriger Finanzdaten Stellung genommen.

Das BMF hat im Oktober 2012 die Entwürfe für eine neue Finanzinformationenverordnung (FinaV) und für eine Neufassung der Großkredit- und Millionenkreditverordnung vorgelegt. Mit der FinaV sollen unterjährige Finanzdaten von den Kreditinstituten angefordert werden. Gemäß Begründung haben Bausparkassen – entsprechend der Stellungnahme des Verbandes – bei der Ermittlung des Konditionen- und Strukturbeitrags das Zinsergebnis des bausparkollektiven Bereichs nicht zu berücksichtigen.

Mindestanforderungen an das Risikomanagement

Die BaFin legte im April 2012 den Entwurf für eine Überarbeitung der MaRisk vor. Die Mindestanforderungen seien aufgrund verschiedener internationaler Regulierungsinitiativen, insbesondere des Änderungspakets CRD IV, der „EBA Guidelines on Internal Governance" und der „Guidelines on Liquidity Cost Benefit Allocation" des ehemaligen Committee of European Banking Supervisors, zu überarbeiten. Beide Bausparkassenverbände nahmen mit einem gemeinsamen Schreiben zur Überarbeitung der MaRisk Stellung.

Die BaFin hat Mitte Dezember 2012 die Neufassung der MaRisk bekannt gemacht. Die neuen Anforderungen sind am 1. Januar 2013 in Kraft getreten. Anforderungen, die im MaRisk-Kontext inhaltlich neu sind, können bis spätestens zum 31. Dezember 2013 umgesetzt werden.

Auskunftsersuchen der Bankenaufsicht zum Zinsänderungsrisiko

Die Deutsche Bundesbank hat in Abstimmung mit der BaFin im September 2012 alle deutschen Bausparkassen um Auskünfte zum Zinsänderungsrisiko und zur Ertragslage gebeten. Die Umfrage ergänzte die regelmäßigen Untersuchungen nach dem Kreditwesengesetz und dem Bausparkassengesetz.

Nach Abschluss der Berechnungen durch die Bausparkassen im November 2012 hat sich der Verband einen Überblick über die Ergebnisse seiner Mitglieder verschafft. Danach sind die Institute robust genug, um auch die vorgegebenen Stressszenarien durchstehen zu können. Wegen des Medieninteresses hat der Verband hierzu kurzfristig eine Pressemitteilung herausgegeben und erklärt, dass es bei den privaten Bausparkassen keine Auffälligkeit gebe.

Restrukturierungsgesetz; Bankenabgabe

Auf der Grundlage des Gesetzes zur Errichtung eines Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute trat am 26. Juli 2011 die Restrukturierungsfonds-Verordnung in Kraft. Danach sind alle Passiva eines Kreditinstituts abzüglich der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und abzüglich des haftenden Eigenkapitals grundsätzlich beitragsrelevant. Ein Freibetrag besteht in Höhe von 300 Mio. Euro. Treuhandverbindlichkeiten und andere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aus dem Förderkreditgeschäft wurden mit einem verringerten Beitragssatz belegt.

Der Deutsche Bundestag hat im Mai 2012 ein Gesetz verabschiedet, mit dem Verbindlichkeiten und Treuhandverbindlichkeiten aus dem Förderkreditgeschäft mit Wirkung ab dem zweiten Beitragsjahr aus der Bemessungsgrundlage für die Bankenabgabe ausgenommen werden. Ab dem Beitragsjahr

2012 ist das Förderkreditgeschäft somit vollständig von der Abgabe befreit. Die entsprechenden Änderungen des Restrukturierungsfondsgesetzes und der Restrukturierungsfonds-Verordnung sind am 29. Juni 2012 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden.

Finanztransaktionssteuer

Der EU-Ministerrat (ECOFIN) beschloss im Januar 2013, eine Besteuerung von Finanztransaktionen in einigen EU-Mitgliedstaaten, u. a. Deutschland, im Wege einer sogenannten verstärkten Zusammenarbeit zuzulassen. Die Kommission wurde aufgefordert, einen Vorschlag für eine Finanztransaktionssteuer auszuarbeiten.

Die Kommission hat im Februar 2013 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Finanztransaktionssteuer erstellt. Primärgeschäfte u. a. mit Privatpersonen, der Handel mit Staatsanleihen sowie Finanzgeschäfte mit der Europäischen Zentralbank und den Zentralbanken der Mitgliedstaaten sollen von der Besteuerung ausgenommen werden.

Änderung des Fünften Vermögensbildungsgesetzes

Die Bundesregierung beschloss im Mai 2012 den Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2013, mit dem die elektronische Vermögensbildungsbescheinigung als Voraussetzung für die Gewährung der Arbeitnehmer-Sparzulage eingeführt werden soll. Sie hat damit den Vorschlag der Finanzminister von vier Bundesländern zur Streichung der Sparzulage vom Oktober 2011 nicht aufgegriffen.

Der Deutsche Bundestag hat das Jahressteuergesetz 2013 im Oktober 2012 angenommen. Der Bundesrat hat – aus Gründen, die nicht die vermögenswirksamen Leistungen betreffen – den Vermittlungsausschuss angerufen. Ein Vermittlungsergebnis kam nicht zustande.

Bundestag und Bundesrat sehen allerdings aktuell die abgestimmte Änderung des Vermögensbildungsgesetzes mit Hilfe eines anderen Artikelgesetzes vor. Dieses Gesetz soll im Juni 2013 im Vermittlungsausschuss behandelt werden.

Eigenheimrentengesetz

ALTERSVORSORGE-VERBESSERUNGSGESETZ

Das Bundesfinanzministerium erstellte im August 2012 einen Gesetzentwurf zur Verbesserung der steuerlichen Förderung der privaten Altersvorsorge. Die erstmalige Anwendung wurde für das Veranlagungsjahr 2013 vorgesehen. In dem Gesetzentwurf finden sich mehrere Vorschläge der Bausparkassenverbände für den Bereich der Eigenheimrente wieder.

Außerdem soll – trotz der Kritik der Bausparkassenverbände und anderer Verbände – ein Produktinformationsblatt für zertifizierte Altersvorsorgeverträge jeder Art eingeführt werden. Eine Altersvorsorge-Produktinformationsblätter-Verordnung soll zwölf Monate nach Verkündung in Kraft treten.

Beide Bausparkassenverbände haben mit einem gemeinsamen Schreiben an den Finanzausschuss des Deutschen Bundestages den Gesetzentwurf grundsätzlich begrüßt. Sie haben sich aber erneut gegen ein einheitliches Produktinformationsblatt für Altersvorsorgeverträge ausgesprochen. Außerdem haben sie einige Vorschläge zur Erleichterung der Zulagenverwaltung unterbreitet. Der Verband hat auch in einer Anhörung durch den Finanzausschuss des Bundestages im November 2012 zum Gesetzentwurf Stellung genommen.

Der Finanzausschuss hat den Gesetzentwurf mit einigen Änderungen angenommen. Entsprechend der Stellungnahme der Bausparkassenverbände hat er die Mindesthöhe der begünstigten anschaffungsfernen Umbaukosten auf 20.000 Euro gesenkt. Er sieht außerdem – zur Entlastung sowohl der Anbieter der Altersvorsorgeverträge als auch der Zentralen Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA) – die Führung des Wohnförderkontos allein bei der ZfA vor. Die erstmalige Anwendung der steuerlichen Neuregelung ist auf das Veranlagungsjahr 2014 verschoben worden. Am 31. Januar 2013 hat der Bundestag den Gesetzentwurf mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen – und gegen die Stimmen der Opposition – verabschiedet.

Der Verband hat mit einem Schreiben an die Ministerpräsidenten verschiedener Bundesländer für die Zustimmung des Bundesrates zum Gesetzentwurf plädiert. Der Bundesrat hat dem Gesetz jedoch zunächst nicht zugestimmt, sondern am 1. März 2013 den Vermittlungsausschuss angerufen.

Beide Bausparkassenverbände haben sich mit einem Schreiben an die Mitglieder des Vermittlungsausschusses dafür ausgesprochen, einen Kompromiss anzustreben und möglichst viele der Verbesserungen zu verwirklichen. Der Vermittlungsausschuss wird die Beratungen zum Altersvorsorge-Verbesserungsgesetz im Juni 2013 wieder aufnehmen.

Bei der Wahl meines
Finanzierungspartners gehe
ich auf Nummer sicher.

Bausparkassen sind
gesetzlich streng geregelt.
Auch deshalb haben sie
mein Vertrauen.

Bausparkasse

BETREUUNGSGELDERGÄNZUNGSGESETZ

Nach dem Gesetz zur Einführung des Betreuungsgeldes wird ab dem 1. August 2013 Betreuungsgeld gewährt werden. Die Koalitionsfraktionen haben im November 2012 den Entwurf eines Betreuungsgeldergänzungsgesetzes ins Parlament eingebracht, nach dem das Betreuungsgeld um einen Bonus von 15 Euro im Monat erhöht wird, wenn es in einen zertifizierten Altersvorsorgevertrag – z. B. einen Bausparvertrag – eingezahlt wird. Der Berechtigte hat dazu die für das Betreuungsgeld zuständige Behörde zu beauftragen, den Gesamtbetrag unmittelbar an den Anbieter des Altersvorsorgevertrages zu leisten.

Der Erhöhungsbetrag soll ebenfalls ab dem 1. August 2013 gewährt werden. Der Gesetzentwurf befindet sich aber noch in der Beratung verschiedener Ausschüsse des Bundestages.

Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen

Auch im Jahr 2012 setzte sich der allgemeine europapolitische und nationale Trend fort, weitere Maßnahmen zur Erhöhung des Verbraucherschutzes bei Finanzdienstleistungen zu etablieren.

Im Vordergrund der Diskussionen standen auf europäischer Ebene auch die Überlegungen, die 2008 in Kraft getretene Verbraucherkreditrichtlinie zu reformieren, um den Verbraucher vor einer übermäßigen Kreditaufnahme zu schützen.

Der Verband hat die Diskussion auf europäischer Ebene entsprechend aktiv begleitet und sich insbesondere im Hinblick auf die Präzisierungen der von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen neuen Annahmen bei der Errechnung des effektiven Jahreszinses eingebracht. Er hat sich dabei auch dafür eingesetzt, dass bei der Errechnung des effektiven Jahreszinses bei Anschlussfinanzierungen nach der Preisangabenverordnung in Deutschland und auch nach der Verbraucherkreditrichtlinie den Verbrauchern ein belastbarer effektiver Jahreszins genannt wird, damit diese ihre künftigen Verpflichtungen besser einschätzen können.

EU-Regulierung des Hypothekarkredits

Die Europäische Kommission hatte am 31. März 2011 den sogenannten Richtlinienvorschlag zu Wohnimmobilienkreditverträgen veröffentlicht. Im Anschluss daran fanden Diskussionen im Europäischen Parlament und im Rat statt, bei denen eine Vielzahl von Änderungsvorschlägen eingebracht und diskutiert worden sind.

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments und Vertreter der Mitgliedstaaten haben sich letztlich im Sinne der Bausparkassen dafür eingesetzt, dass die Regeln zur vorzeitigen Rückzahlung die in Deutschland bewährte Festzinskultur nicht negativ beeinträchtigen.

Auch die ursprüngliche Überlegung des Europäischen Parlaments, ein nationales Hypothekarregister einzuführen, in welches jeder Hypothekarkreditvertrag einzutragen gewesen wäre, war letztendlich im Europäischen Parlament nicht mehrheitsfähig. Der Verband plädierte dafür, dass die Vorschriften der Hypothekarkreditrichtlinie im Großen und Ganzen deckungsgleich mit den Regeln der Verbraucherkreditrichtlinie gefasst werden, da in den meisten Mitgliedstaaten der EU die Vorschriften der Verbraucherkreditrichtlinie auch für Immobiliardarlehensverträge umgesetzt worden sind.

Auch ist es gelungen, dass die Vorschriften zur Produktbündelung entschärft wurden, dass die Pflicht eines Marktvergleichs im Rahmen der Beratung abgemildert wurde und dass weiterhin eine 14-tägige Widerrufsfrist statt einer zusätzlichen vertraglichen Reflexionsperiode beibehalten werden kann.

Der Verband hat sich ebenfalls erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Möglichkeit, den Hypothekarkredit auf einen anderen Anbieter übertragen zu können, wenn dieser einen günstigeren Zinssatz anbietet, keine Mehrheit findet.

Letztlich einigten sich die sogenannten Trilog-Parteien Ende April 2013 auf einen gemeinsamen Kompromisstext, der nun vom Rat und dem Plenum des Europäischen Parlaments bis zum Herbst 2013 formell verabschiedet werden soll.

Mit einer Umsetzung in Deutschland ist dann ab Herbst 2013 innerhalb von zwei Jahren zu rechnen.

Regulierung der Vermittler

Die Europäische Kommission und der nationale Gesetzgeber haben im vergangenen Jahr eine Vielzahl von Vorschriften zur Neuregelung der Tätigkeit von Vermittlern von Finanzdienstleistungsprodukten vorgeschlagen. Neben der Reform der Versicherungsvermittlungsrichtlinie auf europäischer Ebene enthält auch der Richtlinienvorschlag über die Wohnimmobilienkreditverträge neue Standards für Vermittler von wohnwirtschaftlichen Darlehen in der EU.

Neben einheitlichen Qualifikations- und Ausbildungsstandards sehen beide Richtlinien entsprechende Wohlverhaltenspflichten der Vermittler vor: die Offenlegung der Provision, je nach Status des Vermittlers, sowie entsprechende Informationspflichten im Hinblick auf die angebotene Beratung durch den Vermittler.

Der Verband hat sich dafür eingesetzt, dass die europäischen Regeln möglichst inhaltlich identische Anforderungen an den Vermittler festlegen. Mit den Ausbildungsanforderungen des Berufsbildungswerks der Bausparkassen wird bereits heute schon ein entsprechend hoher Standard für die Ausbildung der Vermittler der Bausparkassen geschaffen.

Der Verband hat sich ferner mit den Vorschlägen für die Regulierung des Honorarberaters in Deutschland befasst und sich gegen eine Verpflichtung der Bausparkassen zur Angebot von Nettotarifen ausgesprochen.

Bankenunion

Nachdem die Staats- und Regierungschefs der Euromitgliedstaaten in ihrem Beschluss am 29. Juni 2012 die Europäische Kommission aufgefordert hatten, einen Vorschlag für einen einheitlichen Aufsichtsmechanismus für Banken des Euro-Währungsgebietes zu erstellen, hat die Europäische Kommission am 12. September 2012 einen Verordnungsvorschlag zur Übertragung der Aufsicht über die Kreditinstitute in der Eurozone auf die EZB vorgelegt. Der Verband hat sich gegenüber den Vertretern der Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments bemüht, dass nur systemrelevante Kreditinstitute der Aufsicht der EZB unterliegen sollen.

Letztlich einigten sich die zuständigen Finanzminister in ihrer Sitzung am 14. Dezember 2012 unter anderem aufgrund des Drucks einiger Mitgliedstaaten darauf, dass Kreditinstitute, deren Bilanzsumme 30 Mrd. Euro übersteigt, grundsätzlich der EZB-Aufsicht unterliegen sollen.

Der Verband setzt sich aber weiterhin dafür ein, dass künftig nicht nur die Fachaufsicht über die Bausparkassen bei dem nationalen Aufseher verbleibt, sondern auch die „Makro-Aufsicht".

Ombudsverfahren der privaten Bausparkassen

Gerade bei langfristigen Verträgen, wie sie üblicherweise zwischen Bausparkassen und ihren Kunden bestehen, ist es nicht ausgeschlossen, dass Meinungsverschiedenheiten im Laufe der Vertragsbeziehung auftreten. Sollten diese nicht unmittelbar zwischen der Bausparkasse und ihrem Kunden geklärt werden können, steht dem Kunden seit April 2002 das Ombudsverfahren der privaten Bausparkassen zur Verfügung. Dieses Verfahren ermöglicht es, Meinungsverschiedenheiten durch Einschaltung der Ombudsleute außergerichtlich und für den Kunden weitgehend kostenfrei beizulegen.

Im Jahr 2012 konnten alle im Vorjahr eingereichten Beschwerden abgeschlossen werden. Dabei gestaltete sich der Ausgang der im Jahr 2011 eingereichten Verfahren wie folgt: Von den insgesamt 718 gegen private Bausparkassen gerichteten Beschwerden konnten 182 im Vorfeld erledigt werden, so dass es in diesen Fällen keiner Einschaltung der Ombudsleute bedurfte. 536 Beschwerden wurden durch Schlichtungsspruch entschieden. Hiervon waren 79 unzulässig, 324 gingen zugunsten der betroffenen Bausparkasse und 111 zugunsten der Beschwerdeführer aus. In 22 Fällen schlugen die Ombudsleute einen Vergleich vor.

Mit insgesamt 763 im Jahr 2012 eingereichten Beschwerden ist das Beschwerdeaufkommen gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen. Von diesen Beschwerden richteten sich zwei gegen Landesbausparkassen und unterfielen somit nicht der Zuständigkeit der Ombudsleute der privaten Bausparkassen.

Die Gründe, die im Jahr 2012 zur Einreichung einer Beschwerde geführt haben, waren dabei im Wesentlichen dieselben wie im Vorjahr. So richtete sich ein Großteil der Beschwerden gegen die Kündigung von voll- bzw. übersparten Bausparverträgen. Hier hatten die Ombudsleute der privaten Bausparkassen bereits im Jahr 2008 entschieden, dass eine Bausparkasse grundsätzlich berechtigt ist, einen voll- bzw. übersparten Bausparvertrag nach § 488 Abs. 3 BGB zu kündigen. Diese Spruchpraxis der Ombudsleute ist zwischenzeitlich vielfach gerichtlich bestätigt worden.

Ein weiterer Teil der Beschwerden befasste sich darüber hinaus auch mit den im unmittelbaren Zusammenhang mit der Kündigung von voll- bzw. übersparten Bausparverträgen stehenden Rechtsfragen, wie beispielsweise die Frage, ob bei einer Kündigung aufgrund von Vollbesparung die Bonuszinsen zu gewähren sind, die Abschlussgebühr zu erstatten ist oder bei Vollbesparung Vertragsänderungen oder Vergünstigungen versagt werden können. Insgesamt entfielen auf diese Kategorie damit rund 39 Prozent der Beschwerden.

22 Prozent der Beschwerden hatten eine unzureichende Beratung zum Gegenstand. Hier haben die Beschwerdeführer geltend gemacht, beim Abschluss von Bausparverträgen, aber auch bei der Beratung im Zusammenhang mit einer Finanzierung nicht hinreichend beraten worden zu sein. Zum Teil wurden auch Beratungen bemängelt, bei denen zur Auflösung eines länger bestehenden Vertrages in Verbindung mit dem Abschluss eines Neuvertrages geraten wurde.

Weitere 18 Prozent der Beschwerden standen im Zusammenhang mit einem Darlehensvertrag. Dabei wurden häufig die vertraglich bestehende Verpflichtung, das abgeschlossene Vorfinanzierungsdarlehen mit dem zur Tilgung dienenden Bausparvertrag abzulösen, und die sich daraus ergebenden Rechtsfolgen gerügt.

Auf Gebührenstreitigkeiten entfielen insgesamt 12 Prozent der Beschwerden. Auffällig ist hier, dass die oftmals nicht immer klar differenzierende Berichterstattung in der Presse über unzulässige Gebührentatbestände vereinzelt zur begrifflichen Verwechslung bei den Beschwerdeführern führt. So wird etwa die von einzelnen Oberlandesgerichten verworfene Bearbeitungsgebühr bei Verbraucherdarlehen von den Beschwerdeführern mit der Abschlussgebühr bei Bausparverträgen gleichgesetzt. Die Abschlussgebühr bei Bausparverträgen ist aber durch den Bundesgerichtshof mit Urteil vom 7. Dezember 2010 (Az. XI ZR 3/10) als zulässig erachtet worden.

In jeweils vier Prozent der Beschwerden beanstandeten die Beschwerdeführer eine in Rechnung gestellte Vorfälligkeitsentschädigung oder die Höhe der Bausparsumme.

Schließlich wurde bei einem Prozent der Beschwerden noch die (Nicht-)Annahme von Regelsparbeiträgen oder Sonderzahlungen thematisiert.

Im Hinblick auf den Ausgang der Fälle aus dem Jahr 2012 ist anzuführen, dass per 30. April 2013 144 Verfahren ohne Einschaltung der Ombudsleute abgeschlossen werden konnten, da die Bausparkassen dem Begehren der Beschwerdeführer nachkamen, sich auf einen Vergleich einigten oder die Beschwerdeführer von einer weiteren Verfolgung ihres Anliegens Abstand nahmen.

Von den bislang 492 durch Schlichtungsspruch entschiedenen Beschwerden waren 101 unzulässig, da Verfahrenshindernisse einer Entscheidung im Ombudsverfahren entgegenstanden. So konnten die Ombudsleute beispielsweise dann nicht über eine Beschwerde entscheiden, wenn der Schlichtungsspruch die Entscheidung über eine in der höchstrichterlichen Rechtsprechung noch nicht entschiedene Grundsatzfrage erforderte. Vom Vorliegen einer Grundsatzfrage gehen die Ombudsleute beispielsweise bei der Frage aus, ob die Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 7. Juni 2011, BGHZ 190, 66 ff., nach der Banken nicht berechtigt sind, für die Führung von Darlehenskonten Ge-

bühren zu erheben, auch auf Bausparverträge in der Darlehensphase anzuwenden ist. Auch die Frage, ob die zu am Kapitalmarkt refinanzierten Bankdarlehen ergangene Rechtsprechung zu Bearbeitungsgebühren auf die aus Kollektivmitteln stammenden Bauspardarlehen Anwendung findet, wird von den Ombudsleuten als Grundsatzfrage angesehen. Häufig hat daneben auch die zwischenzeitlich eingetretene Verjährung der Ansprüche der Beschwerdeführer der Durchführung des Schlichtungsverfahrens entgegengestanden.

Von den 391 zulässigen und durch Schlichtungsspruch entschiedenen Beschwerden gingen 289 zugunsten der Bausparkasse und 85 zugunsten der Beschwerdeführer aus. In 17 Fällen unterbreiteten die Ombudsleute einen Vergleichsvorschlag.

Damit sind per 30. April 2013 rund 85 Prozent der auf das Jahr 2012 entfallenden Beschwerden abgeschlossen. Die verbleibenden noch offenen Fälle liegen den Ombudsleuten weitgehend zur Entscheidung vor, so dass mit einem Abschluss aller Verfahren noch im zweiten Quartal 2012 zu rechnen ist.

Auch im Jahr 2013 wird das Ombudsverfahren weiterhin rege in Anspruch genommen. So gingen bis zum 30. April 2013 285 neue Fälle bei der Kundenbeschwerdestelle ein.

Wesentliche Auswirkungen auf das Ombudsverfahren der privaten Bausparkassen werden die im November 2011 durch die Europäische Kommission vorgelegten und im Frühjahr 2013 vom Europäischen Parlament und Rat bestätigten Vorschläge über die alternative Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten haben. So hatte die Europäische Kommission sowohl einen Vorschlag für eine Richtlinie über Formen der alternativen Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten sowie einen Vorschlag für eine Verordnung über die Online-Beilegung dieser Streitigkeiten vorgelegt. Mit beiden Rechtsakten möchte die Kommission einen allgemeinen EU-weiten Zugang zu hochwertigen alternativen Streitbeilegungsverfahren schaffen.

Nach der noch ausstehenden Veröffentlichung der beiden Vorschläge im Amtsblatt der Europäischen Union, mit der im Juni 2013 zu rechnen ist, ist der deutsche Gesetzgeber gefordert, entsprechende Vorschläge zur Umsetzung der Richtlinie innerhalb von 24 Monaten in das nationale Recht vorzulegen. Bereits jetzt ist davon auszugehen, dass durch die Neuregelungen eine Änderung der Verfahrensordnung für das Ombudsverfahren der privaten Bausparkassen erforderlich wird.

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1
Auszahlungen aller deutschen Bausparkassen 2003 bis 2012

Tabelle 2
Regionale Gliederung der genehmigten Wohnungen und der Auszahlungen aller deutschen Bausparkassen 2011 und 2012

Tabelle 3
Eingelöste Neuabschlüsse bei allen deutschen Bausparkassen 2003 bis 2012

Tabelle 4
Vertragsbestände bei allen deutschen Bausparkassen 2003 bis 2012 (jeweils per 31.12.)

Tabelle 5
Geldeingänge bei allen deutschen Bausparkassen 2003 bis 2012

Tabelle 6
Eingelöste Neuabschlüsse bei den privaten Bausparkassen 2003 bis 2012

Tabelle 7
Neuabschlüsse und Spargeldeingänge bei den privaten Bausparkassen im Jahresablauf 2012

Tabelle 8
Berufsgliederung der neuen Bausparer und der neuen Darlehensnehmer bei den privaten Bausparkassen 2012

Tabelle 9
Altersgliederung der neuen Bausparer bei den privaten Bausparkassen 2010 bis 2012

Tabelle 10
Vertragsbestände bei den privaten Bausparkassen 2003 bis 2012 (jeweils per 31.12.)

Tabelle 11
Durchschnittliche Bausparsummen und durchschnittliche Ansparung der nicht zugeteilten Verträge bei den privaten Bausparkassen 2003 bis 2012 (jeweils per 31.12.)

Tabelle 12
Größengliederung der nicht zugeteilten Bausparverträge bei den privaten Bausparkassen am 31.12.2012

Tabelle 13
Geldeingänge bei den privaten Bausparkassen 2003 bis 2012

Tabelle 14
Sparintensität bei den privaten Bausparkassen 2003 bis 2012

Tabelle 15
Tilgungsbeträge und Zins- und Tilgungsleistungen bei den privaten Bausparkassen 2003 bis 2012

Tabelle 16
Wohnungsbauprämienstatistik der privaten Bausparkassen 2003 bis 2012

Tabelle 17
Neuzusagen und Auszahlungen der privaten Bausparkassen 2003 bis 2012

Tabelle 18
Regionale Gliederung des Neugeschäfts der privaten Bausparkassen 2012

Tabelle 19
Regionale Gliederung der Vertragsbestände der privaten Bausparkassen 2012

Tabelle 20
Regionale Gliederung des Geldeingangs der privaten Bausparkassen 2012

Tabelle 21
Regionale Gliederung der Bauspareinlagen und der Baudarlehen der privaten Bausparkassen 2012

Tabelle 22
Gewinn- und Verlustrechnungen der privaten Bausparkassen 2007 bis 2012

Tabelle 23
Bilanzen der privaten Bausparkassen 2007 bis 2012

Tabelle 24
Angestellte Mitarbeiter bei den privaten Bausparkassen 2003 bis 2012

Tabelle 1:
Auszahlungen aller deutschen Bausparkassen 2003 bis 2012

Jahr	Auszahlungen nach Zuteilung[1]		Auszahlungen an Vor- und Zwischenkrediten		Auszahlungen an sonstigen Baudarlehen		Auszahlungen insgesamt
	Mio. €	Anteil %	Mio. €	Anteil %	Mio. €	Anteil %	Mio. €
2003	18.559,7	50,7	15.542,4	42,4	2.532,3	6,9	36.634,4
2004	17.252,0	51,9	13.726,3	41,3	2.245,9	6,8	33.224,2
2005	15.664,0	52,3	12.362,3	41,3	1.924,2	6,4	29.950,6[2]
2006	17.846,3	56,1	11.950,1	37,6	2.000,0	6,3	31.796,4
2007	21.385,7	61,0	11.838,4	33,8	1.829,0	5,2	35.053,1
2008	26.126,9	63,9	12.355,1	30,2	2.384,7	5,8	40.866,7
2009	19.329,5	58,3	11.633,7	35,1	2.207,8	6,7	33.171,0
2010	16.619,5	55,0	11.647,1	38,6	1.935,8	6,4	30.202,3[2]
2011	17.847,2	54,2	12.908,5	39,2	2.183,7	6,6	32.939,4
2012	17.397,7	52,2	14.049,3	42,2	1.871,0	5,6	33.318,0

1) Reine Auszahlungen ohne die zur Ablösung von Zwischenkrediten dienenden Beträge. Bauspareinlagen und Bauspardarlehen.

2) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 2:
Regionale Gliederung der genehmigten Wohnungen und der Auszahlungen aller deutschen Bausparkassen 2011 und 2012

Bundesland	2011				2012			
	Wohnungen in genehmigten Bauvorhaben[1]		Auszahlungen der Bausparkassen für den Wohnungsbau[2]		Wohnungen in genehmigten Bauvorhaben[1]		Auszahlungen der Bausparkassen für den Wohnungsbau[2]	
	Anzahl	%	Mio. €	%	Anzahl	%	Mio. €	%
Schleswig-Holstein	9.440	4,1	1.196,1	3,7	10.272	4,3	1.185,7	3,6
Hamburg	5.061	2,2	430,5	1,3	8.162	3,4	464,5	1,4
Niedersachsen	23.051	10,1	3.348,5	10,4	26.697	11,1	3.413,0	10,5
Bremen	1.305	0,6	202,1	0,6	1.532	0,6	210,4	0,6
Nordrhein-Westfalen	38.817	17,0	5.813,1	18,0	38.277	16,0	5.820,0	17,8
Hessen	15.955	7,0	2.298,4	7,1	16.826	7,0	2.304,1	7,1
Rheinland-Pfalz	12.094	5,3	2.097,7	6,5	11.742	4,9	2.166,5	6,6
Baden-Württemberg	33.834	14,8	5.612,0	17,4	35.027	14,6	5.704,3	17,5
Bayern	52.571	23,0	6.057,3	18,8	52.991	22,1	6.014,7	18,4
Saarland	1.854	0,8	459,9	1,4	1.432	0,6	520,3	1,6
Berlin	7.361	3,2	589,9	1,8	9.937	4,1	627,8	1,9
Brandenburg	7.854	3,4	890,9	2,8	7.914	3,3	935,5	2,9
Mecklenburg-Vorpommern	5.864	2,6	534,6	1,7	5.606	2,3	545,3	1,7
Sachsen	6.803	3,0	1.247,8	3,9	5.720	2,4	1.248,7	3,8
Sachsen-Anhalt	2.896	1,3	733,8	2,3	2.790	1,2	753,2	2,3
Thüringen	3.635	1,6	753,5	2,3	4.540	1,9	740,0	2,3
Deutschland	**228.395**	**100,0**	**32.266,0[3]**	**100,0**	**239.465**	**99,8**	**32.654,1[3]**	**100,0**

1) In Wohn- und Nichtwohnbauten. Quelle: Statistisches Bundesamt.

2) Auszahlungen für den Wohnungsneubau, den Kauf, die Entschuldung, Modernisierung, Instandsetzung und andere wohnungswirtschaftliche Zwecke.
Reine Auszahlungen ohne die zur Ablösung von Zwischenkrediten dienenden Beträge.

3) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 3:
Eingelöste Neuabschlüsse bei allen deutschen Bausparkassen 2003 bis 2012

Jahr	Anzahl		Bausparsummen[1]	
	absolut	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)
a) In Westdeutschland[2]				
2003	3.826.734	+ 34,4	89.509,2	+ 33,1
2004	3.318.425	- 13,3	82.523,3	- 7,8
2005	3.068.924	- 7,5	81.099,1	- 1,7
2006	2.867.327	- 6,6	82.357,4	+ 1,6
2007	2.582.768	- 9,9	77.493,1	- 5,9
2008	2.915.707	+ 12,9	84.223,9	+ 8,7
2009	2.502.853	- 14,2	75.605,1	- 10,2
2010	2.580.885	+ 3,1	80.039,3	+ 5,9
2011	2.607.083	+ 1,0	86.408,7	+ 8,0
2012	2.685.981	+ 3,0	88.196,9	+ 2,1
b) In Ostdeutschland[2]				
2003	823.423	+ 33,0	15.842,2	+ 29,6
2004	695.310	- 15,6	13.697,5	- 13,5
2005	641.782	- 7,7	12.991,5	- 5,2
2006	601.714	- 6,2	12.650,5	- 2,6
2007	524.417	- 12,8	11.698,3	- 7,5
2008	612.154	+ 16,7	13.137,2	+ 12,3
2009	508.696	- 16,9	11.690,9	- 11,0
2010	511.600	+ 0,6	12.134,3	+ 3,8
2011	504.472	- 1,4	12.479,3	+ 2,8
2012	528.776	+ 4,8	13.330,5	+ 6,8
c) In Deutschland insgesamt[3]				
2003	4.671.181	+ 34,0	106.458,4	+ 32,4
2004	4.035.097	- 13,6	97.361,4	- 8,5
2005	3.733.856	- 7,5	95.420,2	- 2,0
2006	3.492.059	- 6,5	96.383,4	+ 1,0
2007	3.128.851	- 10,4	90.442,2	- 6,2
2008	3.549.190	+ 13,4	98.612,1	+ 9,0
2009	3.031.316	- 14,6	88.481,6	- 10,3
2010	3.113.057	+ 2,7	93.366,9	+ 5,5
2011	3.134.359	+ 0,7	100.188,7	+ 7,3
2012	3.236.257	+ 3,3	102.616,6	+ 2,4

1) Einschließlich Erhöhungen.

2) Berlin ist insgesamt Ostdeutschland zugeordnet worden.

3) Einschließlich Neuabschlüsse von Bausparern mit Sitz im Ausland (i.d.R. EU).

Tabelle 4:
Vertragsbestände bei allen deutschen Bausparkassen 2003 bis 2012 (jeweils per 31.12.)

Jahres-ende	Nicht zugeteilte Bausparverträge		Zugeteilte Bausparverträge		Bausparverträge insgesamt	
	Anzahl	Bausparsummen (Mio. €)	Anzahl	Bausparsummen (Mio. €)	Anzahl	Bausparsummen (Mio. €)
2003	26.100.320	560.445,5	6.902.958	143.579,7	33.003.278	704.025,2
2004	26.826.617	589.792,7	6.299.203	133.245,8	33.125.820	723.038,5
2005	27.120.072	613.208,1	5.543.257	118.058,9	32.663.329	731.267,0
2006	26.976.775	629.966,9	4.962.957	108.496,5	31.939.732	738.463,4
2007	26.431.481	637.549,4	4.627.061	105.838,9	31.058.542	743.388,3
2008	26.050.335	646.269,5	4.470.267	107.675,1	30.520.602	753.944,6
2009	25.879.006	657.745,5	4.230.794	105.700,2	30.109.800	763.445,7
2010	26.042.228	679.687,2	3.940.697	100.933,6	29.982.925	780.620,8
2011	26.229.507	705.385,8	3.731.078	98.604,4	29.960.585	803.990,2
2012	26.534.415	732.802,4	3.447.216	91.906,4	29.981.631	824.708,8

Tabelle 5:
Geldeingänge bei allen deutschen Bausparkassen 2003 bis 2012

Jahr	Spargeldeingänge[1]		Zins- und Tilgungseingänge		Wohnungsbauprämien		Geldeingänge insgesamt	
	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)
2003	26.063,7	+ 13,7	14.455,0	+ 3,7	653,1	+ 28,4	41.171,8	+ 10,1
2004	25.775,9	- 1,1	13.288,5	- 8,1	621,9	- 4,8	39.686,3	- 3,6
2005	26.171,2	+ 1,5	13.677,4	+ 2,9	517,3	- 16,8	40.365,9	+ 1,7
2006	25.476,1	- 2,7	11.458,5	- 16,2	516,2	- 0,2	37.450,8	- 7,2
2007	24.386,9	- 4,3	10.388,1	- 9,3	468,9	- 9,2	35.244,0[2]	- 5,9
2008	23.997,2	- 1,6	10.195,6	- 1,9	479,5	+ 2,2	34.672,4[2]	- 1,6
2009	25.258,6	+ 5,3	11.443,8	+ 12,2	455,6	- 5,0	37.157,9	+ 7,2
2010	27.548,0	+ 9,1	11.830,5	+ 3,4	546,3	+ 19,9	39.924,8	+ 7,4
2011	27.237,3	- 1,1	11.100,1	- 6,2	458,8	- 16,0	38.796,2	- 2,8
2012	28.323,4	+ 4,0	12.165,1	+ 9,6	408,3	- 11,0	40.896,7[2]	+ 5,4

1) Ohne Zinsgutschriften.

2) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 6:
Eingelöste Neuabschlüsse bei den privaten Bausparkassen 2003 bis 2012

Jahr	Anzahl		Bausparsummen[1]		Durchschnittliche Bausparsumme je Vertrag (€)
	absolut	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	
a) In Westdeutschland[2]					
2003	2.355.051	+ 33,9	57.257,6	+ 33,3	24.313
2004	2.011.103	- 14,6	52.246,1	- 8,8	25.979
2005	1.823.118	- 9,3	50.432,0	- 3,5	27.663
2006	1.707.059	- 6,4	51.148,7	+ 1,4	29.963
2007	1.487.675	- 12,9	47.709,2	- 6,7	32.070
2008	1.694.817	+ 13,9	52.942,9	+ 11,0	31.238
2009	1.480.077	- 12,7	46.855,1	- 11,5	31.657
2010	1.504.160	+ 1,6	49.386,2	+ 5,4	32.833
2011	1.522.601	+ 1,2	54.537,8	+ 10,4	35.819
2012	1.578.141	+ 3,6	55.397,1	+ 1,6	35.103
b) In Ostdeutschland[2]					
2003	523.415	+ 33,8	10.981,3	+ 29,3	20.980
2004	426.083	- 18,6	9.333,1	- 15,0	21.905
2005	388.175	- 8,9	8.765,8	- 6,1	22.582
2006	366.450	- 5,6	8.600,7	- 1,9	23.470
2007	314.852	- 14,1	7.868,2	- 8,5	24.990
2008	359.372	+ 14,1	8.640,1	+ 9,8	24.042
2009	314.757	- 12,4	7.949,0	- 8,0	25.254
2010	316.441	+ 0,5	8.157,8	+ 2,6	25.780
2011	324.168	+ 2,4	8.700,6	+ 6,7	26.840
2012	328.758	+ 1,4	9.076,6	+ 4,3	27.609
c) In Deutschland insgesamt[3]					
2003	2.899.490	+ 33,7	69.345,9	+ 32,4	23.917
2004	2.458.548	- 15,2	62.720,0	- 9,6	25.511
2005	2.234.443	- 9,1	60.527,5	- 3,5	27.088
2006	2.096.527	- 6,2	61.124,9	+ 1,0	29.155
2007	1.824.193	- 13,0	56.828,2	- 7,0	31.153
2008	2.075.518	+ 13,8	62.833,9	+ 10,6	30.274
2009	1.814.601	- 12,6	55.989,6	- 10,9	30.855
2010	1.841.173	+ 1,5	58.737,3	+ 4,9	31.902
2011	1.869.573	+ 1,5	64.539,1	+ 9,9	34.521
2012	1.928.399	+ 3,1	65.562,9	+ 1,6	33.999

1) Einschließlich Erhöhungen.

2) Berlin ist insgesamt Ostdeutschland zugeordnet worden.

3) Einschließlich Neuabschlüsse von Bausparern mit Sitz im Ausland (i.d.R. EU).

Tabelle 7:
Neuabschlüsse und Spargeldeingänge bei den privaten Bausparkassen im Jahresablauf 2012

Monat	Eingelöste Bausparverträge			Spargeldeingang[2]	
	Anzahl	Bausparsummen[1]			
		Mio. €	%	Mio. €	%
Januar	145.251	4.947,6	7,5	1.488,3	7,9
Februar	148.362	4.863,0	7,4	1.437,0	7,7
März	154.411	5.246,5	8,0	1.679,6	9,0
April	153.344	5.095,8	7,8	1.416,7	7,6
Mai	156.039	5.540,3	8,5	1.466,5	7,8
Juni	157.217	5.465,1	8,3	1.577,1	8,4
Juli	177.327	5.880,3	9,0	1.507,9	8,1
August	163.552	5.503,8	8,4	1.530,3	8,2
September	149.904	5.053,2	7,7	1.526,0	8,2
Oktober	164.240	5.542,7	8,5	1.539,8	8,2
November	169.046	5.757,8	8,8	1.640,2	8,8
Dezember	189.706	6.666,8	10,2	1.911,6	10,2
Summe	**1.928.399**	**65.562,9**	**100,1**	**18.721,0**	**100,1**

1) Einschließlich Erhöhungen.

2) Ohne Zinsgutschriften.

Tabelle 8:
Berufsgliederung der neuen Bausparer und der neuen Darlehensnehmer bei den privaten Bausparkassen 2012

Berufsgruppe	Eingelöste Bausparverträge					Darlehensnehmer	
	Anzahl		Bausparsummen[1]		Durchschnittl. Bausparsumme je Vertrag (€)	Anzahl	
	absolut	%	Mio. €	%		absolut	%
Arbeiter[2]	318.084	16,5	10.398,4	15,9	32.691	63.039	19,4
Angestellte	818.906	42,5	29.187,6	44,5	35.642	156.039	48,0
Beamte	143.524	7,4	4.726,8	7,2	32.934	26.395	8,1
Rentner und Pensionäre	183.858	9,5	5.155,6	7,9	28.041	44.375	13,6
Selbständige in Handel, Handwerk und Industrie	45.823	2,4	2.728,1	4,2	59.536	14.421	4,4
Land- und Forstwirte	5.096	0,3	272,0	0,4	53.381	1.107	0,3
Freie Berufe	13.868	0,7	1.146,0	1,7	82.633	3.145	1,0
Juristische Personen	2.829	0,1	1.746,5	2,7	617.364	186	0,1
Personen ohne Beruf, Schüler, Studenten und Hausfrauen	374.916	19,4	9.112,7	13,9	24.306	16.466	5,1
Bausparer mit Sitz im Ausland[3]	21.495	1,1	1.089,2	1,7	50.671	---	---
Insgesamt	**1.928.399**	**99,9**	**65.562,9**	**100,1**	**33.999**	**325.173**	**100,0**

1) Einschließlich Erhöhungen.

2) Einschließlich nicht selbständiger Handwerker.

3) Bausparer mit Sitz im Ausland unter den Darlehensnehmern sind den einzelnen Berufsgruppen zugeordnet.

Tabelle 9:
Altersgliederung der neuen Bausparer bei den privaten Bausparkassen 2010 bis 2012

Alter der Bausparer (31.12.)	Anteile an den eingelösten Bausparverträgen (%)					
	Anzahl			Bausparsumme[1]		
	2010	2011	2012	2010	2011	2012
unter 20 Jahre	8,8	8,7	11,5	5,1	4,8	6,6
20 bis unter 30 Jahre	17,4	17,5	16,9	16,4	16,2	15,9
30 bis unter 40 Jahre	17,4	18,0	16,8	21,6	22,7	21,4
40 bis unter 50 Jahre	22,6	23,0	21,4	25,7	26,7	25,2
50 bis unter 60 Jahre	18,3	18,5	18,4	17,6	17,7	18,0
60 Jahre und mehr	15,5	14,4	14,9	13,5	12,0	12,9
Insgesamt	**100,0**	**100,1**	**99,9**	**99,9**	**100,1**	**100,0**

1) Einschließlich Erhöhungen.

Tabelle 10:
Vertragsbestände bei den privaten Bausparkassen 2003 bis 2012 (jeweils per 31.12.)

Jahres-ende	Nicht zugeteilte Bausparverträge		Zugeteilte Bausparverträge		Bausparverträge insgesamt	
	Anzahl	Bausparsummen (Mio. €)	Anzahl	Bausparsummen (Mio. €)	Anzahl	Bausparsummen (Mio. €)
2003	17.140.733	377.115,1	4.346.986	93.469,0	21.487.719	470.584,1
2004	17.500.114	395.669,6	3.929.521	85.823,9	21.429.635	481.493,5
2005	17.663.104	410.721,1	3.444.272	75.318,5	21.107.376	486.039,5[1]
2006	17.456.398	420.629,9	3.082.809	69.205,8	20.539.207	489.835,8[1]
2007	16.984.832	424.334,5	2.890.597	67.788,2	19.875.429	492.122,7
2008	16.601.464	428.611,5	2.822.139	69.508,5	19.423.603	498.120,0
2009	16.467.801	435.860,3	2.689.623	68.339,6	19.157.424	504.199,9
2010	16.556.970	450.348,6	2.531.723	65.702,0	19.088.693	516.050,6
2011	16.663.197	468.332,5	2.441.586	64.911,5	19.104.783	533.244,0
2012	16.813.102	486.853,3	2.309.042	61.616,0	19.122.144	548.469,3

1) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 11:
Durchschnittliche Bausparsummen und durchschnittliche Ansparung der nicht zugeteilten Verträge bei den privaten Bausparkassen 2003 bis 2012 (jeweils per 31.12.)

Jahres-ende	Bauspareinlagen (Mio. €)	Nicht zugeteilte Bausparverträge			Durchschnittl. Guthaben je nicht zugeteiltem Bausparvertrag	
		Anzahl	Bauspar-summen (Mio. €)	Durchschnittliche Bausparsumme (€)	€	% der durch-schnittl. Bauspar-summe je nicht zugeteiltem Vertrag
2003	73.587,8	17.140.733	377.115,1	22.001	4.293	19,5
2004	77.817,8	17.500.114	395.669,6	22.610	4.447	19,7
2005	82.341,6	17.663.104	410.721,1	23.253	4.662	20,0
2006	84.364,4	17.456.398	420.629,9	24.096	4.833	20,1
2007	83.610,2	16.984.832	424.334,5	24.983	4.923	19,7
2008	80.001,1	16.601.464	428.611,5	25.818	4.819	18,7
2009	82.248,4	16.467.801	435.860,3	26.467	4.994	18,9
2010	87.802,0	16.556.970	450.348,6	27.200	5.303	19,5
2011	91.965,8	16.663.197	468.332,5	28.106	5.519	19,6
2012	95.892,9	16.813.102	486.853,3	28.957	5.703	19,7

Tabelle 12:
Größengliederung der nicht zugeteilten Bausparverträge bei den privaten Bausparkassen am 31.12.2012

Größenklassen (€)	Anzahl		Bausparsummen		
	absolut	%	Mio. €	%	Durchschnitt (€)
bis 10.000	5.185.971	30,8	43.943,0	9,0	8.473
über 10.000 - 25.000	6.125.712	36,4	107.868,3	22,2	17.609
über 25.000 - 150.000	5.297.166	31,5	286.570,4	58,9	54.099
über 150.000 - 500.000	199.097	1,2	43.112,9	8,9	216.542
über 500.000	5.156	0,0	5.358,8	1,1	1.039.339
Insgesamt	**16.813.102**	**99,9**	**486.853,3**[1]	**100,1**	**28.957**

1) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 13:
Geldeingänge bei den privaten Bausparkassen 2003 bis 2012

Jahr	Spargeldeingänge[1]			Zins- und Tilgungseingänge			Wohnungsbauprämien-Eingänge[2]				Geldeingänge insges.	
	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	in % der Geldeingänge insges.	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	in % der Geldeingänge insges.	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	in % der Geldeingänge insges.	in % der Spargeldeingänge[3] d. Vorjahres	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)
2003	17.667,4	+ 14,3	63,4	9.804,6	+ 2,9	35,2	390,3	+ 16,8	1,4	2,3	27.862,3	+ 10,1
2004	17.090,3	- 3,3	64,6	8.985,4	- 8,4	34,0	369,1	- 5,4	1,4	1,9	26.444,8	- 5,1
2005	16.967,2	- 0,7	64,2	9.131,6	+ 1,6	34,6	326,9	- 11,4	1,2	1,7	26.425,7	- 0,1
2006	16.432,1	- 3,2	67,3	7.647,6	- 16,3	31,3	337,7	+ 3,3	1,4	1,8	24.417,3[4]	- 7,6
2007	15.526,2	- 5,5	67,9	7.026,5	- 8,1	30,7	302,5	- 10,4	1,3	1,6	22.855,2	- 6,4
2008	15.459,9	- 0,4	68,2	6.904,8	- 1,7	30,5	304,4	+ 0,6	1,3	1,7	22.669,1	- 0,8
2009	16.300,6	+ 5,4	66,9	7.785,8	+ 12,8	31,9	285,6	- 6,2	1,2	1,7	24.372,0	+ 7,5
2010	18.147,2	+ 11,3	68,7	7.939,6	+ 2,0	30,0	334,6	+ 17,2	1,3	1,9	26.421,4	+ 8,4
2011	18.109,3	- 0,2	69,7	7.589,6	- 4,4	29,2	270,7	- 19,1	1,0	1,4	25.969,6	- 1,7
2012	18.721,0	+ 3,4	68,7	8.264,0	+ 8,9	30,3	251,7	- 7,0	0,9	1,3	27.236,7[4]	+ 4,9

1) Ohne Zinsgutschriften.

2) Für Antragsbewilligungen aus dem jeweiligen Jahr und Vorjahren.

3) Einschließlich Zinsgutschriften.

4) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 14:
Sparintensität bei den privaten Bausparkassen 2003 bis 2012

Jahr	Bausparsummen des nicht zugeteilten Vertragsbestandes[1] (Mio. €)	Spargeldeingänge[2] (Mio. €)	Jahressparleistung in % der Bausparsummen des nicht zugeteilten Vertragsbestandes
2003	363.254,0	17.667,4	4,9
2004	387.052,5	17.090,3	4,4
2005	402.511,0	16.967,2	4,2
2006	417.555,4	16.432,1	3,9
2007	422.120,3	15.526,2	3,7
2008	424.269,4	15.459,9	3,6
2009	430.954,1	16.300,6	3,8
2010	442.353,9	18.147,2	4,1
2011	459.366,3	18.109,3	3,9
2012	477.135,2	18.721,0	3,9

1) Durchschnittswerte, errechnet jeweils aus den 12 Monatsendwerten.

2) Ohne Zinsgutschriften.

Tabelle 15:
Tilgungsbeträge und Zins- und Tilgungsleistungen bei den privaten Bausparkassen 2003 bis 2012

Jahr	Tilgungsbeträge		Zins- und Tilgungsleistungen		Anteil der Tilgungsbeträge an den Zins- und Tilgungsleistungen (%)
	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	
2003	7.611,6	+ 3,9	9.804,6	+ 2,9	77,6
2004	7.233,4	- 5,0	8.985,4	- 8,4	80,5
2005	7.240,1	+ 0,1	9.131,6	+ 1,6	79,3
2006	6.061,6	- 16,3	7.647,6	- 16,3	79,3
2007	5.390,6	- 11,1	7.026,5	- 8,1	76,7
2008	5.422,6	+ 0,6	6.904,8	- 1,7	78,5
2009	5.977,5	+ 10,2	7.785,8	+ 12,8	76,8
2010	6.223,4	+ 4,1	7.939,6	+ 2,0	78,4
2011	6.155,5	- 1,1	7.589,6	- 4,4	81,1
2012	6.576,7	+ 6,8	8.264,0	+ 8,9	79,6

Tabelle 16:
Wohnungsbauprämienstatistik der privaten Bausparkassen 2003 bis 2012

Jahr	Anzahl der nicht zugeteilten Bausparverträge am Jahresende	Anzahl der bewilligten WoP-Anträge	Bewilligte WoP-Anträge in % der nicht zugeteilten Bausparverträge des Vorjahres	Ermittelte WoP[1] für Bausparkonten (Mio. €)	Durchschnittlicher Prämienbetrag je bewilligtem WoP-Antrag (€)
2003	17.140.733	5.237.369	31,8	308,2	59
2004	17.500.114	5.606.322	32,7	311,1	55
2005	17.663.104	5.343.429	30,5	274,2	51
2006	17.456.398	5.286.053	29,9	265,4	50
2007	16.984.832	5.199.116	29,8	259,8	50
2008	16.601.464	5.051.051	29,7	249,2	49
2009	16.467.801	4.734.220	28,5	227,7	48
2010	16.556.970	4.626.231	28,1	229,5	50
2011	16.663.197	4.293.617	25,9	210,4	49
2012	16.813.102	4.646.671	27,9	226,9	49

1) Für bewilligte WoP-Anträge des jeweiligen Jahres.

Tabelle 17:
Neuzusagen und Auszahlungen der privaten Bausparkassen 2003 bis 2012

Jahr	Neuzusagen[1]		Auszahlungen[1] insgesamt		Auszahlungen[2] nach Zuteilung						Auszahlungen an Baudarlehen aus Zwischenkreditgewährung		Auszahlungen an sonstigen Baudarlehen
					insgesamt		an Bauspareinlagen		an Bauspardarlehen				
	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €
2003	29.051,8	+ 10,6	26.814,3	+ 8,0	12.084,9	- 6,3	9.234,7	+ 1,1	2.850,2	- 24,3	12.304,4	+ 25,4	2.425,0
2004	24.266,6	- 16,5	24.211,5	- 9,7	11.094,0	- 8,2	8.620,3	- 6,7	2.473,7	- 13,2	10.949,9	- 11,0	2.167,6
2005	23.827,5	- 1,8	21.881,6	- 9,6	10.064,3	- 9,3	8.247,3	- 4,3	1.817,0	- 26,5	9.968,3	- 9,0	1.849,0
2006	24.633,1	+ 3,4	23.416,2	+ 7,0	11.773,5	+ 17,0	9.783,6	+ 18,6	1.989,9	+ 9,5	9.695,6	- 2,7	1.947,1
2007	26.838,4	+ 9,0	26.030,1	+ 11,2	14.281,0	+ 21,3	11.596,3	+ 18,5	2.684,7	+ 34,9	9.964,9	+ 2,8	1.784,2
2008	30.676,3	+ 14,3	30.848,6	+ 18,5	18.017,4	+ 26,2	14.377,2	+ 24,0	3.640,2	+ 35,6	10.530,8	+ 5,7	2.300,4
2009	27.022,8	- 11,9	23.991,5	- 22,2	12.570,4	- 30,2	9.546,5	- 33,6	3.023,9	- 16,9	9.322,3	- 11,5	2.098,8
2010	24.622,2	- 8,9	21.633,5[3]	- 9,8	10.603,6	- 15,6	8.411,4	- 11,9	2.192,2	- 27,5	9.236,9	- 0,9	1.793,1
2011	26.405,5	+ 7,2	23.399,6[3]	+ 8,2	11.484,4	+ 8,3	9.151,7	+ 8,8	2.332,7	+ 6,4	9.863,0	+ 6,8	2.052,3
2012	28.560,2	+ 8,2	24.061,6	+ 2,8	11.666,6	+ 1,6	9.866,6	+ 7,8	1.800,0	- 22,8	10.752,7	+ 9,0	1.642,3

1) Neuzusagen und Auszahlungen für den Wohnungsneubau, den Kauf, die Entschuldung, Modernisierung, Instandsetzung und andere wohnungswirtschaftliche Zwecke.

2) Reine Auszahlungen ohne die zur Ablösung von Zwischenkrediten dienenden Beträge.

3) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 18:
Regionale Gliederung des Neugeschäfts der privaten Bausparkassen 2012

Bundesland	Eingelöste Neuabschlüsse					
	Anzahl		Bausparsummen[1]			
	absolut	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Anteile (%)	Durchschnitt (€)
Schleswig-Holstein	65.307	+ 0,0	2.322,0	+ 9,7	3,6	35.555
Hamburg	24.719	- 7,3	946,3	- 6,4	1,5	38.281
Niedersachsen	186.487	+ 2,8	6.084,3	+ 6,0	9,4	32.626
Bremen	10.601	- 9,5	355,8	- 4,4	0,6	33.558
Nordrhein-Westfalen	344.322	- 0,7	11.486,6	- 0,4	17,8	33.360
Hessen	150.008	+ 3,3	5.044,3	- 0,1	7,8	33.627
Rheinland-Pfalz	111.684	+ 2,0	3.875,4	+ 1,5	6,0	34.700
Baden-Württemberg	303.480	+ 5,0	11.490,8	- 0,4	17,8	37.863
Bayern	353.245	+ 10,7	12.868,6	+ 3,5	20,0	36.430
Saarland	28.288	+ 1,7	923,0	- 0,1	1,4	32.630
Berlin	41.963	- 1,8	1.434,3	+ 5,9	2,2	34.180
Brandenburg	52.281	- 0,9	1.473,9	+ 1,2	2,3	28.192
Mecklenburg-Vorpommern	36.137	+ 1,5	1.004,5	+ 6,7	1,6	27.796
Sachsen	86.082	+ 1,8	2.230,4	+ 3,4	3,5	25.910
Sachsen-Anhalt	53.394	+ 2,3	1.380,8	+ 5,6	2,1	25.860
Thüringen	58.901	+ 4,6	1.552,7	+ 4,8	2,4	26.361
Deutschland	**1.906.899**	**+ 3,3**	**64.473,7**	**+ 2,0**	**100,0**	**33.811**

1) Einschließlich Erhöhungen.

Tabelle 19:
Regionale Gliederung der Vertragsbestände der privaten Bausparkassen 2012

Bundesland	Vertragsbestände am Jahresende					
	Anzahl		Bausparsummen			
	absolut	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Anteile (%)	je Kopf der Bevölkerung[1] (€)
Schleswig-Holstein	631.959	- 0,9	18.552	+ 4,8	3,5	6.529
Hamburg	226.975	- 1,6	6.645	+ 2,7	1,2	3.670
Niedersachsen	1.886.358	+ 0,0	50.739	+ 3,2	9,4	6.403
Bremen	105.522	- 3,4	2.566	- 7,5	0,5	3.877
Nordrhein-Westfalen	3.366.989	- 0,1	93.777	+ 2,6	17,4	5.254
Hessen	1.515.831	- 0,0	43.327	+ 1,2	8,1	7.090
Rheinland-Pfalz	1.111.782	- 0,6	31.905	+ 3,3	5,9	7.978
Baden-Württemberg	3.162.875	+ 1,2	98.716	+ 3,9	18,4	9.110
Bayern	3.486.527	+ 0,9	106.909	+ 3,4	19,9	8.448
Saarland	280.515	+ 3,5	7.304	- 1,9	1,4	7.227
Berlin	387.972	- 3,2	10.653	- 0,9	2,0	3.017
Brandenburg	536.017	- 2,0	14.210	+ 4,1	2,6	5.701
Mecklenburg-Vorpommern	328.137	+ 0,6	8.178	- 0,7	1,5	5.018
Sachsen	856.158	- 1,4	20.331	+ 4,1	3,8	4.922
Sachsen-Anhalt	486.397	- 0,8	11.285	- 0,3	2,1	4.909
Thüringen	535.058	- 0,8	12.464	+ 3,1	2,3	5.635
Deutschland	**18.905.072**	**+ 0,1**	**537.561**	**+ 2,9**	**100,0**	**6.556**

1) Bezogen auf den Stand der Wohnbevölkerung am 30.09.2012. Quelle: Statistisches Bundesamt.

Tabelle 20:
Regionale Gliederung des Geldeingangs der privaten Bausparkassen 2012

Bundesland	Eingänge an						
	Spargeldern[1]				Zins- u. Tilgungszahlungen		
	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Anteile (%)	je Kopf der Bevölkerung[2] (€)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Anteile (%)
Schleswig-Holstein	604,8	+ 5,1	3,3	213	330,2	+ 7,0	4,1
Hamburg	251,2	- 3,7	1,4	139	81,6	+ 10,0	1,0
Niedersachsen	1.660,6	+ 1,1	8,9	210	847,3	+ 8,3	10,4
Bremen	106,5	- 8,0	0,6	161	42,8	+ 4,3	0,5
Nordrhein-Westfalen	3.063,8	+ 1,5	16,5	172	1.392,7	+ 9,7	17,1
Hessen	1.452,0	+ 0,8	7,8	238	687,8	+ 7,4	8,4
Rheinland-Pfalz	1.195,9	+ 1,0	6,4	299	552,3	+ 10,1	6,8
Baden-Württemberg	3.372,9	+ 4,5	18,2	311	1.337,9	+ 10,2	16,4
Bayern	3.898,8	+ 7,1	21,0	308	1.278,7	+ 8,7	15,7
Saarland	275,6	+ 8,5	1,5	273	160,6	+ 11,4	2,0
Berlin	384,4	- 1,5	2,1	109	148,4	+ 9,5	1,8
Brandenburg	455,2	+ 1,1	2,4	183	265,3	+ 5,2	3,3
Mecklenburg-Vorpommern	273,7	+ 3,1	1,5	168	175,6	+ 9,1	2,2
Sachsen	736,4	+ 1,2	4,0	178	377,6	+ 7,0	4,6
Sachsen-Anhalt	395,3	+ 3,1	2,1	172	228,7	+ 6,8	2,8
Thüringen	452,7	+ 4,6	2,4	205	239,7	+ 7,2	2,9
Deutschland	**18.579,8**	**+ 3,2**	**100,1**	**227**	**8.147,1**[3]	**+ 8,7**	**100,0**

1) Ohne Zinsgutschriften, einschließlich Gutschriften von Wohnungsbauprämien.

2) Bezogen auf den Stand der Wohnbevölkerung am 30.09.2012. Quelle: Statistisches Bundesamt.

3) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 21:
Regionale Gliederung der Bauspareinlagen und der Baudarlehen der privaten Bausparkassen 2012

Bundesland	Bestände am Jahresende an						
	Bauspareinlagen				Baudarlehen		
	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Anteile (%)	je Kopf der Bevölkerung[1] (€)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Anteile (%)
Schleswig-Holstein	2.936,0	+ 5,1	3,1	1.033	4.496,1	+ 3,7	5,1
Hamburg	1.132,4	- 2,7	1,2	625	1.225,1	+ 4,5	1,4
Niedersachsen	8.381,2	+ 2,6	8,9	1.058	9.061,7	+ 1,5	10,3
Bremen	488,4	+ 4,9	0,5	738	542,8	+ 16,2	0,6
Nordrhein-Westfalen	15.591,7	+ 4,6	16,6	874	16.203,0	+ 1,2	18,4
Hessen	7.676,9	+ 3,9	8,2	1.256	8.078,8	+ 1,0	9,2
Rheinland-Pfalz	5.576,5	+ 5,3	5,9	1.394	5.851,2	+ 3,5	6,7
Baden-Württemberg	17.313,5	+ 4,6	18,4	1.598	11.292,9	- 0,6	12,8
Bayern	20.127,1	+ 5,1	21,4	1.590	12.267,7	+ 0,3	14,0
Saarland	1.316,3	+ 3,7	1,4	1.302	1.373,4	+ 1,8	1,6
Berlin	1.890,7	- 0,1	2,0	535	2.298,4	+ 7,6	2,6
Brandenburg	2.427,9	+ 4,6	2,6	974	3.781,5	- 1,1	4,3
Mecklenburg-Vorpommern	1.362,9	+ 1,8	1,4	836	1.976,0	+ 8,2	2,2
Sachsen	3.720,1	+ 3,5	4,0	901	4.109,7	+ 0,1	4,7
Sachsen-Anhalt	1.978,3	+ 4,7	2,1	861	2.709,0	+ 0,4	3,1
Thüringen	2.140,8	+ 2,0	2,3	968	2.618,8	+ 5,3	3,0
Deutschland	**94.060,8[2]**	**+ 4,2**	**100,0**	**1.147**	**87.886,1[2]**	**+ 1,5**	**100,0**

1) Bezogen auf den Stand der Wohnbevölkerung am 30.09.2012. Quelle: Statistisches Bundesamt.

2) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 22:
Gewinn- und Verlustrechnungen der privaten Bausparkassen 2007 bis 2012

	2007		2008		2009		2010		2011		2012	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
AUFWENDUNGEN												
Verwaltungskosten												
- Personelle Aufwendungen	1.649,6	22,7	1.808,0	24,2	1.577,0	22,6	1.637,6	23,0	1.753,2	22,9	1.690,5	24,4
- Sach- und allgemeine Aufwendungen	847,9	11,7	808,1	10,8	797,1	11,4	887,4	12,5	911,3	11,9	982,7	14,2
Abschreibungen und Wertberichtigungen												
- auf Baudarlehen	417,2	5,7	519,0	7,0	267,8	3,8	227,1	3,2	162,5	2,1	161,0	2,3
- Sonstige	78,5	1,1	36,7	0,5	29,9	0,4	78,4	1,1	31,2	0,4	28,1	0,4
Zinsen												
- auf Bauspareinlagen	2.278,2	31,3	2.239,6	30,0	2.023,5	29,0	2.106,1	29,6	2.061,8	26,9	2.118,0	30,6
- Sonstige	1.349,1	18,6	1.476,5	19,8	1.449,5	20,7	1.368,2	19,2	1.288,0	16,8	1.222,8	17,7
Steuern und öffentliche Abgaben	185,4	2,5	174,3	2,3	173,9	2,5	247,3	3,5	134,3	1,8	104,0	1,5
Alle übrigen Aufwendungen	382,8	5,3	346,1	4,6	525,7	7,5	486,4	6,8	1.223,1	16,0	528,6	7,6
Jahresüberschuss	83,1	1,1	55,9	0,7	144,2	2,1	76,7	1,1	94,7	1,2	91,9	1,3
Gesamtbetrag	**7.271,8**	**100,0**	**7.464,2**	**99,9**	**6.988,5**[1]	**100,0**	**7.115,2**	**100,0**	**7.660,1**	**100,0**	**6.927,6**	**100,0**
ERTRÄGE												
Gebühren der Bausparer												
- für Vertragsabschluss und -vermittlung	580,0	8,0	673,5	9,0	558,9	8,0	617,1	8,7	647,4	8,5	658,3	9,5
- für Darlehensregelung nach Zuteilung	74,4	1,0	66,2	0,9	59,7	0,9	52,5	0,7	44,0	0,6	43,4	0,6
- Sonstige	363,3	5,0	357,5	4,8	333,6	4,8	336,1	4,7	321,4	4,2	294,6	4,3
Zinsen												
- aus Baudarlehen	3.912,3	53,8	4.049,5	54,3	4.115,7	58,9	4.117,8	57,9	3.999,1	52,2	3.944,9	56,9
- Sonstige	1.856,6	25,5	1.682,3	22,5	1.416,7	20,3	1.382,5	19,4	1.523,9	19,9	1.495,9	21,6
Alle übrigen Erträge	485,1	6,7	635,0	8,5	504,0	7,2	609,2	8,6	1.124,2	14,7	490,5	7,1
Gesamtbetrag	**7.271,8**[1]	**100,0**	**7.464,2**[1]	**100,0**	**6.988,5**[1]	**100,1**	**7.115,2**	**100,0**	**7.660,1**[1]	**100,1**	**6.927,6**	**100,0**

1) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 23:
Bilanzen der privaten Bausparkassen 2007 bis 2012

	31.12.2007		31.12.2008		31.12.2009		31.12.2010		31.12.2011		31.12.2012	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
AKTIVA												
- Bauspardarlehen	(17.596,3)		(18.906,3)		(18.905,9)		(18.091,1)		(17.868,3)		(16.208,6)	
- Zwischenkredite	(55.100,5)		(57.329,4)		(59.674,7)		(61.067,4)		(62.734,7)		(65.698,8)	
- Sonst. Baudarlehen	(9.400,6)		(9.606,4)		(10.091,4)		(10.346,3)		(10.908,7)		(10.926,2)	
Baudarlehen	82.097,4	59,5	85.842,1	62,4	88.672,0	62,4	89.504,8	61,7	91.511,7	64,0	92.833,6	64,4
Barreserve, andere Forderungen an Kreditinstitute (ohne Baudarlehen)	24.688,6	17,9	21.748,4	15,8	18.322,6	12,9	23.207,5	16,0	21.502,5	15,0	21.965,4	15,2
Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen, Schatzanweisungen, Schatzwechsel	15.006,8	10,9	15.849,0	11,5	22.632,1	15,9	20.876,7	14,4	19.483,6	13,6	19.619,5	13,6
Sonstige Aktiva	16.181,8	11,7	14.029,4	10,2	12.516,2	8,8	11.453,7	7,9	10.443,7	7,3	9.815,9	6,8
Bilanzsumme	**137.974,5**[1]	**100,0**	**137.468,8**[1]	**99,9**	**142.142,9**	**100,0**	**145.042,8**[1]	**100,0**	**142.941,6**[1]	**99,9**	**144.234,4**	**100,0**
PASSIVA												
Bauspareinlagen	83.610,2	60,6	80.001,1	58,2	82.248,4	57,9	87.802,0	60,5	91.965,8	64,3	95.892,9	66,5
Spareinlagen	328,0	0,2	290,2	0,2	324,0	0,2	349,3	0,2	355,9	0,2	356,3	0,2
Schuldverschreibungen	6.483,7	4,7	7.444,9	5,4	6.215,2	4,4	5.327,8	3,7	5.325,8	3,7	4.865,3	3,4
Aufgenommene Fremdgelder	22.647,3	16,4	26.813,0	19,5	31.264,8	22,0	33.261,5	22,9	26.340,6	18,4	24.123,8	16,7
Rückstellungen, Wertberichtigungen	4.152,0	3,0	4.284,8	3,1	4.662,5	3,3	4.854,3	3,3	5.113,5	3,6	5.112,4	3,5
- gezeichnetes Kapital	(943,3)		(943,3)		(952,7)		(952,7)		(934,6)		(877,0)	
- Offene Rücklagen u.a.	(3.602,6)		(3.596,4)		(3.631,4)		(3.653,6)		(3.553,8)		(3.593,3)	
Eigenkapital	4.545,9	3,3	4.539,7	3,3	4.584,0	3,2	4.606,3	3,2	4.488,5	3,1	4.470,3	3,1
Sonstige Passiva	16.207,4	11,7	14.095,2	10,3	12.843,9	9,0	8.841,6	6,1	9.351,5	6,5	9.413,4	6,5
Bilanzsumme	**137.974,5**	**99,9**	**137.468,8**[1]	**100,0**	**142.142,9**[1]	**100,0**	**145.042,8**	**99,9**	**142.941,6**[1]	**99,8**	**144.234,4**	**99,9**

1) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 24:
Angestellte Mitarbeiter bei den privaten Bausparkassen 2003 bis 2012

Jahresende	Anzahl der angestellten Mitarbeiter[1]	Bilanzsumme		Anzahl der gesamten Bausparverträge	
		(Mio. €)	im Durchschnitt je angestelltem Mitarbeiter (Mio. €)		im Durchschnitt je angestelltem Mitarbeiter
2003	11.533	124.460,4	10,792	21.491.820	1.864
2004	11.123	134.643,4	12,105	21.429.635	1.927
2005	10.814	141.190,2	13,056	21.107.376	1.952
2006	9.403[2]	141.931,4	15,094	20.539.207	2.184
2007	8.528	137.974,5	16,179	19.875.429	2.331
2008	7.998	137.468,8	17,188	19.423.603	2.429
2009	7.316	142.142,9	19,429	19.157.424	2.619
2010	7.183	145.042,8	20,193	19.088.694	2.657
2011	7.124	142.941,6	20,065	19.104.783	2.682
2012	5.829[3]	144.234,4	24,744	19.122.144	3.281

1) Einschließlich der Auszubildenden und gewerblichen Arbeitnehmer, ohne Aushilfskräfte. Teilzeitkräfte in Vollzeitkräfte umgerechnet.

2) Der Rückgang ist vor allem auf die sozialverträgliche Verschlankung des Personalbestandes einer Bausparkasse im Zuge ihrer Integration in einen Konzern zurückzuführen.

3) Der Rückgang ist vor allem auf eine Ausgliederung von Mitarbeitern einer Bausparkasse im Zuge der Gründung eines Tochterunternehmens zurückzuführen.

Verzeichnis der privaten Bausparkassen

Aachener Bausparkasse AG
Theaterstraße 92 - 94
52062 Aachen

ALTE LEIPZIGER Bauspar AG
Alte Leipziger-Platz 1
61440 Oberursel

Bausparkasse Mainz AG
Kantstraße 1
55122 Mainz

Bausparkasse Schwäbisch Hall AG
Crailsheimer Straße 52
74523 Schwäbisch Hall

BHW Bausparkasse AG
Lubahnstraße 2
31789 Hameln

BSQ Bauspar AG
Kunigundenstr. 71
90439 Nürnberg

Debeka Bausparkasse AG
Ferdinand-Sauerbruch-Str. 18
56073 Koblenz

Deutsche Bank Bauspar AG
Niddagaustraße 42
60489 Frankfurt am Main

Deutsche Bausparkasse Badenia AG
Badeniaplatz 1
76114 Karlsruhe

Deutscher Ring Bausparkasse AG
Ludwig-Erhard-Straße 22
20459 Hamburg

HUK-COBURG-Bausparkasse AG
Willi-Hussong-Straße 2
96445 Coburg
(bis 30. September 2012)

SIGNAL IDUNA Bauspar AG
Kapstadtring 5
22297 Hamburg

Wüstenrot Bausparkasse AG
Wüstenrotstraße 1
71638 Ludwigsburg

Der Verband der Privaten Bausparkassen e.V.

Verbandsvorstand

Vorsitzender:
Andreas J. Zehnder,
Berlin
(Hauptgeschäftsführer)

Direktor Hans-Joachim Gasda,
Hameln
(bis 11. Mai 2012)

Direktor Michael Hoffelder,
Frankfurt am Main
(bis 11. Mai 2012)

Direktor Matthias Lechner,
Ludwigsburg

Direktor Dieter Pfeiffenberger,
Hameln
(ab 11. Mai 2012)

Direktor Dr. Reinhard Schlenke,
Oberursel
(ab 31. Januar 2013)

Direktor Erhard Steffen,
Schwäbisch Hall

Direktor Peter Ulrich †,
Mainz
(bis 08. Oktober 2012)

Verbandsgeschäftsstelle

Abteilung Betriebswirtschaft,
Statistik und Bauspartechnik:
Christian Ketzner

Abteilung Recht und Steuern:
Christian König-Tumpiya
(Verbandssyndikus)

Abteilung Kommunikation:
Alexander Nothaft

Abteilung Grundsatzfragen:
Dr. Juri Schudrowitz

Beleihungsfragen und
Kundenbeschwerdestelle:
Sabine Masuch

Europabüro Brüssel:
Anja Gruhn

Klingelhöferstraße 4 · 10785 Berlin, Postfach 303079 · 10730 Berlin
Telefon (030)590091-500 · Telefax (030)590091-501
Internet: www.bausparkassen.de · E-Mail: info@bausparkassen.de

Herausgeber:
Verband der Privaten
Bausparkassen e.V.
Klingelhöferstraße 4
10785 Berlin

Konzeption und Gestaltung:
EINS 64 Grafik-Design, Bonn

Druck:
in puncto druck+medien GmbH